

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibenspinnereien und Glasereien, in Papier- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Klebsetzer, Ofenbauer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monats- bezugspreis 1,- RM. (ohne Wertgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Blattes Montags früh

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Verlag G. W. Fredebeule 5-8 Fernstr.: 27 Schöneberg 7650, 7651, 6210. Postfach. Berlin 65232.

Postkonto: Name der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin G 14, Deutscher Baugewerksbund, Central- Geschäftsangelegenheiten nach Berlin durch „Berba“, Berlin G 21 11.

Wirtschaftsdemokratie oder uneingeschränkte freie Wirtschaft!

Das deutsche Unternehmertum ist unter dem Schutze von Hakenkreuz und Stahlhelm reflexlos zur Harzburgerlei eingeschwenkt. Es verlangt die Rückkehr zur uneingeschränkten freien Wirtschaft. Es will den Privatkapitalismus „stabilisieren“ durch Arbeitszeitverlängerung, Lohnbrück, Sozialabbau und Beseitigung jeglichen Tarif- und Arbeitsrechts. Das ist zwar engstirniger wirtschaftlicher Wahnsinn, aber leider Methode. Und die Reichsregierung ist an der Begünstigung dieses Wahnsinnsstrebens nicht unschuldig. Immer wieder weicht sie vor diesem brutalen Drängen ihrer politischen Gegner zurück, reicht ihnen den kleinen Finger und oftmals noch mehr, obwohl ihr diese Herrschaften erst kürzlich im Reichstag ihr allerhöchstes Mißtrauen bekundet haben. Die Reichsregierung hat dafür verbindlichst gedankt. Und sie schämt diese Nichtskönner, diese fatalen Eckenscheiter der deutschen Politik und Wirtschaft leider immer noch weit wichtiger ein, als ihnen von Vernunft wegen zukäme...

Zur rechten Zeit tritt da Gerard Swope auf den Plan. Nicht in Deutschland. Walter Rathenau ist nämlich längst durch seinen Reichselmord beseitigt. In Amerika. Und Gerard Swope ist kein Beliebiger, er ist der Präsident des weltumspannenden amerikanischen Electrotrusts, der General Electro Company. Und dieser hervorragende Repräsentant des Dollarkapitalismus läßt den Auf erklängen nach Wirtschaftsdemokratie. Er verlangt die Schaffung einer planwirtschaftlichen, staatlich regulierten Organisation und die Errichtung eines umfassenden Sozialversicherungssystems.

Gerard Swope will Aufbau. Die deutschen Unternehmer wollen Abbau. Swope verlangt für alle Wirtschaftszweige die zwangsmäßige Schaffung von Wirtschaftsverbänden. Alle Unternehmungen mit mehr als 50 Arbeitern haben sich ihrem Wirtschaftsverband anzuschließen. Jeder Wirtschaftsverband soll der staatlichen Überwachung und Aufsicht unterstellt sein. Jeder Industriezweig soll eine besondere Gesamtleitung haben, die aus je 3 Vertretern der Unternehmer, der Arbeiter und des Staates besteht. Durch Kontrolle soll zwischen Produktion und Verbrauch in allen Industriezweigen ein Gleichgewicht geschaffen werden. Die Wirtschaftsverhältnisse und die Beschäftigung sollen stabilisiert werden. Das gleiche soll mit den Preisen geschehen. Die Wirtschaftsverbände sollen auch auf die Vereinheitlichung der Produkte hinwirken, alle Informationen über Geschäftsumfang, Lagerhaltung, Investitionen und Gesamtentwicklung der Industrie sammeln und weitergeben mit dem Ziel, die Stabilisierung der Beschäftigung sicherzustellen. Einheitsliche Form der Bilanzaufstellung soll vorgeschrieben werden und anderes mehr. Gerard Swope will die planmäßige Zusammenfassung aller Wirtschaftskräfte zur Schaffung einer unter Staatskontrolle organisierten Planwirtschaft, an deren Führung auch die Arbeiter schaff beteiligt ist. Swope will Wirtschaftsdemokratie.

Doch das ist noch nicht alles. Swope schlägt zur Beseitigung der unerträglichen Unsicherheit im Arbeits- und Lebensdasein der Arbeiterschaft noch ein umfangreiches Versicherungsprogramm vor, das sich auf Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit erstreckt. Für jeden Arbeiter und Angestellten mit weniger als 5000 Dollar (20 800 RM.) Jahresverdienst soll ein obligatorisches Versicherungssystem geschaffen werden. Die Beiträge zu diesem paritätisch verwalteten Versicherungssystem sollen Unternehmer und Arbeiter zu gleichen Teilen tragen. Im Falle der Arbeitslosigkeit soll Arbeitslosenunterstützung in Höhe der Hälfte des bisherigen Arbeitsverdienstes gewährt werden. Swope verlangt ferner im Rahmen dieses

Systems eine generelle Alterspension für alle Arbeiter und Angestellten. Sie soll spätestens nach 35jähriger Arbeitsfähigkeit beanprucht werden können. Im Todesfalle sollen die Angehörigen sofort diese Pension erhalten dürfen.

Was bedeuten diese Vorschläge Swopes? Sie enthalten zunächst stärksten Zweifel an der Aufrechterhaltung des Wirtschaftskapitalismus; deshalb verlangt Swope eine Umformung der Wirtschaftsorganisation durch planmäßige Zusammenfassung der Wirtschaftskräfte unter staatlicher Kontrolle. So lautet — auf eine kurze Formel gebracht — das Programm Gerard Swopes. Die deutschen Unternehmer stehen auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Sie proklamieren trotz völliger Pleite ihres Systems ebenso mutig wie unehrlich die Ueberlegenheit der privatkapitalistischen Wirtschaftsorganisation und sträuben sich mit Händen und Füßen gegen die Demokratisierung des Wirtschaftslebens. Sie gehen noch weiter und schreiben tagtäglich, daß die staatliche Einmischung in die Wirtschaftskräfte verschärfend wirke. Sie verlangen ferner die Zerstörung der deutschen Sozialversicherung, während Swope für die Arbeiterklasse gegen die furchtbaren Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems Sozialversicherung schaffen will.

Das sind schreiende Gegensätzlichkeiten. Die deutschen Unternehmer sind zu engstirnig, um aus dem Verlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen. Sie ziehen die Propaganda einer Wirtschaftspolitik vor, die politisch und wirtschaftlich zum Chaos führen muß. Zum Chaos deshalb, weil ihre Forderungen zur „Sanierung“ ihrer Wirtschaft die Arbeitslosigkeit und die Not

der Massen ins Unerlöbliche steigern würden. Geschähe dies, dann bekäme das Schlagwort, wonach der Arbeiter nur noch seine Ketten zu verlieren hat, tatsächlich lebendigen Sinn; es würde verderbliche Wirklichkeit. Die naturnotwendige Folge eines solchen unhaltbaren Zustandes wäre ein politisches und wirtschaftliches Durcheinander, das unter blutigen Zuckungen zum Chaos führte, aus dem sich — wiederum ganz naturnotwendig — nach unendlichen Mühen und unsäglichen Entbehrungen schließlich die sozialistische Planwirtschaft emporringen würde. Der Vorschlag Swopes dagegen böte bei seiner Verwirklichung die Möglichkeit, das privatkapitalistische System nach dem Grundsatz „Teile und herrsche“ noch eine geraume Zeit zu stabilisieren. Am Ende dieser evolutionistischen Entwicklung stände natürlich gleichfalls der Sozialismus. Nur wäre der Übergang zu ihm natürlicher, einfacher und schmerzloser.

Zwei Zukunftswerte sind gezeigt. Wir halten das deutsche Unternehmertum für zu erkenntnisarm und unfähig, die Zeichen der Zeit zu begreifen. Der deutsche Privatkapitalismus, verkörpert durch ein rückwärtslos daherstampfendes, erzeaktionsloses Schwerunternehmertum, pocht auf die brutale Gewalt. Dieses Unternehmertum glaubt, mit Hilfe „rauber“ Landkäsehe alle Wirtschaftsgesetze zum Trost oben bleiben zu können. Es wird den durch Swope gezeigten Weg nicht gehen. Dann aber wird das deutsche Volk auf einen Vornempfad gedrängt, der ebenso verhängnisvoll wie verderblich sein kann. Aber er wird begangen werden müssen, weil die wirtschaftliche Verständigungslosigkeit des deutschen Unternehmertums danach drängt und schließlich dazu zwingt!

Konferenz des Bundesvorstandes und Bundesbeirats.

Zu wichtiger Beratung hatte der Bundesvorstand den Bundesbeirat zum 22. und 23. Oktober nach Berlin berufen. In seiner Begrüßungsrede hieß der Bundesvorsitzende, Kollege Bernhardt, besonders das neue Mitglied des Beirats, den Kollegen Oercke, Hannover, herzlich willkommen. Dann berückte er über den Stand des Bundes. Er streifte zunächst die politische Lage, die immer noch jeden klaren Einblick vermissen läßt. Ferner schilderte er den im August inszenierten Generalangriff der deutschen Unternehmer auf die Arbeiterrechte. Die Folge war die einseitige Abwehrfront der Gewerkschaften aller Richtungen. Den Bemühungen der Sozialdemokratischen Partei sei es zwar gelungen, den Vorverordnungen einige Gistzähne auszuberechen, jedoch sei ihr Inhalt auch heute noch äußerst bedenklich und besonders für das Baugewerbe von nachteilig einschneidender Natur. Unsere fortgesetzten Bemühungen richteten sich in der Hauptsache auf Arbeitsbeschaffung. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe nimmt von Tag zu Tag immer bedenklichere Formen an. In der Bekämpfung dieses unhaltbaren Zustandes werden wir nicht nachlassen. Unser Mitgliederstand hat sich unter diesen Umständen etwas verringert; dies nehme nicht wunder, und es sei erfreulich, daß unsere Mitglieder in ihrer weitaus übermächtigen Mehrheit trotz großer Not zur Organisation stehen. Die 3. Vorverordnung sei für das Baugewerbe besonders nachteiligswoll. Der Bundesvorstand hat dazu sofort Stellung genommen und die bereits im „Grundstein“ veröffentlichte Eingabe an die Länderregierungen und Gemeindeverwaltungen gerichtet. Als ganz besonderes Unrecht würde die Kreuzregulierung der Hauszinssteuer, die den Hausbesitzern Millionen in den Schoß wirft. Anträge an den Reichstag gegen dieses Unrecht sind gestellt. Für das Baugewerbe dürfte nach der neuerlichen Regelung von der Hauszinssteuer nichts mehr übrig bleiben. Die Verlegung von Bauarbeit auf das platte Land zu Stedlungszwecken dürfte ebenfalls wenig Beschäftigung bringen, zumal man solche Arbeiter als „gemeinnützig“ und „zufällig“ betrachten will, was insofern wie Lohnbrück bedeutet. Unter diesen Umständen werde von dem Versprechen des Reichsfinanzministers Dietrich am 14. Oktober im Reichstag nicht viel übrig bleiben. Er erklärte dort — da es unbedingt notwendig sei, das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe wieder in Gang zu bringen — die in den Städten verfallende Bauarbeit allmählich auf dem Lande wieder aufzuholen. Das Problem der Stel-

lung, auch der städtischen Randstiedlung, sei auf diese Weise entstanden, und es sei zu hoffen, „neue Möglichkeiten der Betätigung für das Baugewerbe zu finden“. Die Verheißung des Finanzministers werde nicht in Erfüllung gehen. Von diesen Stedlungsplänen, die lebhaft gestützt werden von namhaften Industriellen, ist das Ziel wahrscheinlich nicht zu erwarten. Wenn man schon stehet, dann mit dem Ziel, Land vor allem an ehemalige Landarbeiter und sonstige ländliche Arbeitskräfte in ausreichendem Maße abzugeben, um auf diese Weise die Städte zu entlasten, aber solchen Stedlern aus eine völlig ausreichende Existenzmöglichkeit zu verschaffen. Die hierfür erforderlichen Bauten müssen massiv gebaut und auf die Dauer berechnet sein, die dürften nur von sachkundigen Bauhandwerkern zum Territorium ausgeführt werden. Davon war bisher wenig die Rede. Zweifelhafte Erfolge biete auch die geplante Randstiedlung im Bereich großer Städte. Die hierfür bisher vorliegenden Pläne bedeuten die Rückkehr zur primitiven Vorzeit, außerdem laure dahinter verdeckte Lohndrückerei. Alle diese Pläne wirken unpraktisch und bedeuten zum größten Teil eine zwecklose Vergeubung von Mitteln auf Flugland. Wir werden aber diese Vorkommnisse scharf im Auge behalten müssen. Die Frage der Wierzigtundenwoche harret immer noch der Lösung; indessen schreitet die Jahreszeit immer weiter vor, so daß die Wierzigtundenwoche im Baugewerbe für diesen Winter mit jedem Tage an praktischem Wert verliert. — Die Reueheiten aus unserem Lichtbildwesen sollten auch in diesem Winter den Mitgliedern auf billigen Wege und billige Art nahegebracht werden. Zur möglichsten Einschränkung der Beschränkung im Baugewerbe sind die nötigen Schritte unternommen worden. Unsere Werbearbeit muß auch im nächsten Winter betrieben werden; in der Frage der Aufklärung, nicht zuletzt in der Frage der Arbeitsbeschaffung, dürfen wir nicht nachlassen. Arbeitsbeschaffung ist die brennendste Frage für unsere Mitglieder. — Für das Buch „Die Waraber vom Walchensee“ sollte bei jeder Gelegenheit Propaganda gemacht werden; es ist ein seltene geschriebenes Buch aus dem Bauarbeiterleben, und es wäre am Platze, dieses Buch als passendes Weihnachtsgeschenk zu empfehlen. — Wenn Maurer Dachdeckerarbeiten vertrieben, so darf dies selbstverständlich nur zum Zweck der Beschäftigung. Die Dachdecker sind nunmehr reflexlos zum Baugewerksbund übergetreten. Die Formulare für die Jahresberichte der Baugewerkschaften sind demnächst versandfertig.

In der Aussprache wurden wesentliche Einwände gegen den Bericht Bernhards nicht erhoben. Von einigen Rednern wurde behauptet, daß die Werbearbeit — natürlich unter Beachtung größter Sparmaßregeln — auch im Winter betrieben werden müsse. Es gelte, unter allen Umständen die Organisation auch in frühen Zeiten zusammenzubringen. Starker Unwille kam zum Ausdruck über die von der Reichsregierung durch die Notverordnungen bewirkte Beschränkung der Baugewerkschaften. Es schien so, als ob man im Reichskabinett eine vollkommen einseitige und geradezu feindselige Haltung gegen die Baugewerkschaft einnehme. Die ungemessen bedrückte Lebenslage der arbeitlosen Mitglieder wurde lebhaft und anschaulich geschildert. Und diese große Not würde noch mehr verschärft, wenn nicht endlich Maßnahmen getroffen werden, um die Banntätigkeit wieder mehr zu betreiben. Arbeitsbeschaffung sei die Forderung des Tages. Sie müsse immer wieder gestellt werden; die steten Bemühungen des Bundesvorstandes in dieser Richtung seien vollkommen anzuerkennen. Vereinzelt wurde geklagt, daß die Vertreter der Bauarbeiter bei ihnen befreundeten Kreisen in Siedlungs- und ähnlichen Fragen nicht das genügende Verständnis finden. Man betone solche Dinge sehr oberflächlich, käme über den eigenen Nützlichkeitsstand hinaus und übersehe dabei den prinzipiellen Standpunkt, den Gewerkschafter solcher Fragen gegenüber einzunehmen hätten. Andere Redner berichteten dagegen wieder über eine allgemein günstige Aufnahme ihrer Auffassungen. Da in der Aussprache auch die politische Lage eingehend besprochen worden war, nahm Kollege Bernhardt in seinem Schlußwort Gelegenheit, darauf hinzuweisen, er hege die Hoffnung, daß die Vorgänge in Harzburg und Braunschweig vielen Arbeitern die Augen geöffnet haben dürften. Wir bringen der Regierung Drängung kein Vertrauen entgegen, aber wir sollicitieren sie, um zu verhindern, daß die letzten und wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Arbeiterklasse durch eine hakenkreuzerische Reichsregierung hinweggefegt werden. Harzburg und Braunschweig zeigen, wohin die Reise gehen soll!

Im Anschluß an diese Aussprache wurden einige Unterfrüherungsfragen geklärt. Bei Arbeit in anderen Berufen mit abweichenden Löhnen und dann folgendem Unterfrüherungsbeitrag soll der Wochenbeitrag nach dem Unterfrüherungsbeitrag berechnet werden. In Grenzfällen wäre zu Gunsten des Mitgliedes zu entscheiden. Bei Kurzarbeit von drei Tagen wöchentlich soll das Mitglied das Recht haben, vom Bunde Arbeitslosenunterfrüherung zu beziehen. Es müßte natürlich wie üblich eine Karenzzeit von sechs Arbeitstagen durchmachen, könnte aber dann in jeder Woche für drei Tage Unterfrüherung erhalten. Beiträge müssen in solchen Fällen natürlich wöchentlich gezahlt werden. Mit Kurzarbeit bis zu drei Tagen je Woche beschäftigte und keine Arbeitslosenunterfrüherung beziehende Mitglieder sollen allgemein das Recht haben, wöchentlich abwechselnd eine Beitrags- und eine Arbeitslosenmarke zu kleben. Beschlüsse wurde ferner, daß Hilfskassierer ihre eigenen Beitrags- und Verwaltungskarten künftig beim Kassierer der Baugewerkschaft zu entrichten haben.

Dann sprach Kollege Bernhardt zu den bereits durchgeführten und den noch zu beschließenden Sparmaßnahmen in dem Verwaltungsbereich unserer Bundesangelegenheiten der schlechten Zeiten und der ungewissen Zukunft sei größtmögliche Sparmaßnahme notwendig. Die bisher getroffenen Sparmaßnahmen haben sich bereits recht gut ausgeführt. Dabei konnte natürlich auch die Gehälter der Angestellten nicht vorübergehend werden. Große Gehaltskürzungen sind in fast allen Baugewerkschaften durchgeführt worden. Auch in der Bundesleitung und in den Bezirksleitungen sind die Gehälter im April gekürzt worden. Im Interesse des Bundes werde jedoch ein weiterer Gehaltsabbau nicht zu umgehen sein. Selbstverständlich sei, daß diese Ortswahlverwaltung bestrebt sein muß, auch fernerhin so sparsam wie nur irgend möglich zu wirtschaften, um mit den ihr zustehenden geringen Mitteln auszukommen. Wo eine Arbeitskraft einsetzt werden kann, muß es geschehen. Im Hauptbüro des Bundes sind ebenfalls Sparmaßnahmen durchgeführt worden; das bisherige finanzielle Ergebnis ist zufriedenstellend. Alles muß geschehen, um eine schwere finanzielle Erschütterung der Organisations zu verhindern, es gilt, den Bund in eine spätere und jedenfalls noch bessere Zeit gesund hinüber zu führen. Daran müssen alle mitwirken!

In der Aussprache erklärten sich alle Redner mit den Ausführungen und Vorschlägen des Vorstandes einverstanden. Einmütig wurde ein allgemeiner weiterer Gehaltsabbau beschlossen. Er soll nur jene in den Baugewerkschaften angestellten Kollegen nicht treffen, deren Gehalt bereits in besonders erheblicher Weise abgebaut ist. Ausdrücklich wurde jedoch bemerkt, daß dieser neue Gehaltsabbau ein freiwilliges Opfer der Angestellten darstellt, das sie der Organisationsdarbringen angesichts der schweren Zeiten.

Den breitesten Raum der Verhandlungen beanspruchte neben der durchgeführten Allgemeinverbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsvertrages die Ablehnung der Allgemeinverbindlichkeit der Bezirkslohne- und Arbeitsstarke durch den Reichsarbeitsminister. Hierzu referierte Scheibel. Beide Tatsachen sind bereits im „Grundstein“ erwähnt und ausführlich besprochen worden. Nachdem der Redner die durch die Unternehmer betriebene Verschleppung der Anträge auf Allgemeinverbindlichkeitsklärung und die Bemühungen vor allem der Gemeindeverwaltungen gerichtet auf möglichst unvollständigen Werksanmeldung der Allgemeinverbindlichkeit des Reichsarbeitsvertrages, berichtete er über eine vom Reichsarbeitsminister veranstaltete Sitzung der Arbeiter der Reichsarbeitsminister für Hoch- und Tiefbauarbeiten am 19. Oktober. Das Reichsarbeitsministerium hat nach manchen vereinzelt Aufstößen nunmehr seine starken Willen ausgesprochen die Bauarbeiterlöhne seien zu hoch, sie müßten „elastischer“ gestaltet (lies: gekürzt) werden! Durch die Ablehnung der Allgemeinverbindlichkeit der Bezirkslohnstarke glaubt man eine Handhabe zu finden, nunmehr die Löhne im Baugewerbe „elastischer“ zu gestalten. Diesem Zwecke sollte die Sitzung am 19. Oktober dienen. Die Unternehmer verlangen hier neue Lohnverhandlungen auf Grund einer Protokollklärung des Reichsarbeitsminister, daß von neuem Verhandelt werden müsse, wenn für einzelne Orte oder Gebiete die Allgemeinverbindlichkeit nicht ausgesprochen werde. Den Herren wurde entgegengehalten, daß diese Protokollklärung unmöglich Anwendung finden könne auf den vorliegenden Fall. Die im Frühjahr bestirmt festgelegten Löhne seien verbindlich für alle am Tarifvertrag betel-

ligten Parteien und unter Mithilfe und auf Betreiben der Unternehmer festgelegt worden bis zum 2. März 1932. Jedes Begehren, von dieser Abmachung nunmehr zurückzutreten, bedeute Wort- und Tarifbruch. Trotz dieser harten Feststellungen erklärten die Unternehmer unentwegt, die Finanzsicherung einer neuen Lohngefaltung sei angeht die wirtschaftlichen Veränderungen nicht möglich. Die Verschleppung einer Neuordnung der Lohnstarke im Baugewerbe bis zum 2. März 1932 könnten sie sich nicht gefallen lassen. Das Spiel der Unternehmer sei also klar und eindeutig. Die Herren hoffen auf die gefällige Hilfe des Reichsarbeitsministeriums, von dem sie erwarten, daß es einen auf diese Weise durchgeführten Tarifbruch „legalisiert“. Jetzt erscheinen den Unternehmern sogar die von ihnen bisher bekämpften „politischen Löhne“ als Erlösung, die so oft von ihnen verdammte Einmütigung des Staates in die Lohngefaltung erscheint ihnen plötzlich als begründbar. Der Redner berichtete ferner über die vorfrüherlichen Bemühungen der Unternehmer, durch bezirkliche Verhandlungen zu dem erwünschten Ziel zu kommen. Die dabei zutage getretenen Lohnabgeklärte der Unternehmer waren geradezu unfruchtbar und ungeschwerlich. Tatsächlich verliefen alle diese Zusammenkünfte ergebnislos. Unsere Vertreter pochten überall auf das ihnen durch den Reichsarbeitsminister verbriefte Recht, an den von den Tarifkontraktanten unterfrüherlich anerkannten Bezirkslöhnen keine nicht gekürzt werden, sie lägen seit dem 2. März 1932. Ausführlich schilderte der Redner die juristischen Verwicklungen einzelner Unternehmervertreter, um ihrem weiteren Vorgehen gegen Tarif und Recht einen „Rechtsschutz“ umzuändern. Einzelne dieser Herren erklärten sogar, daß sie vor einem offenen



Kontraktbruch nicht zurückschrecken. Sie marschieren in treuer Gemeinschaft mit den industriellen Scharfmachern Deutschlands gemäß dem von diesen herausgegebenen Manifest. Es liegt uns, als ob sich ein Pakt vorbereite mit der Ministerialbürokratie zu einem gemeinsamen Sturm auf die Bauarbeiterlöhne. Nachdem in dieser Verbindung jede Einigung in dieser Frage aussichtslos erschienen war, beruft der Arbeitsminister eine neue Sitzung ein zu Verhandlungen über die Festsetzung „neuer Löhne“ im Baugewerbe. Unser Standpunkt hierzu ist klar und eindeutig. Wir sind tarifgebunden und tariffrei. Allen Manipulationen, unter Verdringung klarer Tatsachen und eindeutigen Tarifrechts die Löhne der Bauarbeiter herabzudrücken, werden die Vertreter der Bauarbeiter ganz entschieden entgegengetreten. Und Herr Dr. Stegerwald müßte jetzt endlich beweisen, ob es ihm um die Hochhaltung des Tarifrechts ernst ist!

Die Aussprache war äußerst lebhaft. Wirkungslos ergänte Bernhardt die Ausführungen Scheibels, er referierte die tatsächliche Gesamtlage und auch jeder andere Redner bekannte sich zu der Auffassung des Referenten. Die Bezirksvorstände als Träger der Lohn- und Arbeitsstarke werden sofort Stellung nehmen. Weit von sich wies die Konferenz jede Zumutung, mit dem Tarifrecht der Bauarbeiter Schindluder spielen zu lassen. Dies könne auf keinen Fall zugegeben werden im Interesse aller Gewerkschaften. Gemäß unserer Gegner sind viele und die Zeiten sind trübe, aber uns zur Seite steht unser gutes Recht. Alles wird geschehen, um jedem brutalen Einbruch in das Tarifrecht, um allen Anschlägen auf die Bauarbeiterlöhne die Spitze zu bieten!

Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt. In seinem Schlußwort gedachte der Vorsitzende auch des nunmehr aus der Mitte des Reichs scheidenden Reichsgruppenobmannes der Töpfer und Glasener, des Kollegen Moritz Lohrer. Er lobte seine jahrelange erfolgreiche Tätigkeit im Interesse der Bewegung, dankte dafür und richtete an ihn herzliche Abschiedsworte des Bundesbetrats, zu dessen Sitzungen er nunmehr jedenfalls nicht mehr erscheinen werde. Möge ihm ein langer, froher Lebensabend vergönnt sein! Mit Wünschen glücklicher Heimreise schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Unverfälschtes Scharfmachertum.
 Jeder den neuen illegalen Sturm der baugewerkschaftlichen Scharfmacher gegen die Bauarbeiterlöhne berichten wir im vorhergehenden Aufsatz. Als Ergänzung hierzu finden wir in der „Deutschen Tiefbauzeitung“ vom 17. Oktober einen Aufsatz, der diesen Sturm trefflich illustriert. Es wird da erzählt von der Eingabe der Verbände der Bauwirtschaft vom 24. August an Reichs-, Länder-, Gemeinde- und sonstige Stellen, worin zu einer allgemeinen Bauwirtschaftsaktion aufgefordert wurde, um die Bauwirtschaft „anzukurbeln“. Dann wird von dem „Schon“ gesprochen, das diese Eingabe auslöste habe. Mit besonderer Begehrlichkeit wird berichtet von der Antwort des Wasserbauamts Halle. Darin heißt es unter anderem: „Der Herr Vorstand des Wasserbauamts Halle a. d. S. hat von dem Lastendruckmaterial und den Dankengedanken, auf denen die Eingabe fußt, mit Interesse Kenntnis genommen... Persönlich stehen die leitenden Beamten des Wasserbauamts Halle auf dem Standpunkt, daß es zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse in der Bauwirtschaft folgender Maßnahmen bedarf:

- a) In Anlehnung an die Lasten der Golddeflation, die in der Rückbildung der deutschen Gebirgs- und sonstigen Agrarproduktionspreise und der Kolonialwaren (auf Lebensmittel) auf 100% des Standes am 1. Juli 1913 zum Ausdruck kommt, eine Herabsetzung aller Arbeiter- und Angestelltenlöhne bezüge auf den Lohnstand vom 1. Juli 1914. Das bedeutet fast eine Halbierung der Bauarbeiterlöhne oder für Halle einen Facharbeiterlohn von 0,60 M. für Berlin von 0,79 M.
- b) Für diese Löhne, die volle Hergabe der Arbeitskraft, d. h. soweit die Berufstätigkeit im Freien ausgenutzt wird und im Winter ruhen muß, Leistung eines Jahresleistungsfußes von 2300 Stunden nach folgendem Arbeitsplan zu verlangen:

1. Mal bis 31. August	1025 Std.
etwa 9 Stunden täglich vom 1. bis 31. April und 1. bis 30. September	450 "
etwa 8 Stunden täglich vom 1. bis 31. März und 1. bis 31. Oktober	400 "
etwa 7 Stunden täglich vom 1. bis 28. Februar und 1. bis 30. November	350 "
etwa 6 Stunden täglich vom 1. bis 10. Dezember und 21. bis 31. Januar	54 "
Ruhepausen etwa vom 11. Dezember bis 31. Januar	nichts

Das bedeutet auf 300 Arbeitsfrage gerechnet im Jahre durchschnittlich täglich 7,7 Stunden Arbeitsleistung und somit keine unbillige Zumutung an die Bauarbeiterklasse, wenn die schmerzhafte Lage des deutschen Volkes in Betracht gezogen wird. Das Jahreseinkommen kann sich dabei auf 1880 M. in Halle bzw. 800 M. in Berlin belaufen und darf damit im Hinblick auf die Lebensmittelpreise als... ansehnlich verkannt werden, daß der Neuordnung Schwerkraften auf Seiten der Arbeitergewerkschaften entgegenstehen. Diese lassen sich aber überwinden, wenn sich die psychologischen Voraussetzungen für die Annahme dieser Lohnsätze zur vollen Reife entwickelt haben, das heißt, wenn sich zu den heutigen überhöhten Lohnsätze überhaupt keine Arbeitsmöglichkeit mehr bietet, die Mehrheit aller Bauarbeiter längere Zeit der Arbeitslosigkeit anheimfallen ist und sich wieder an eine bescheidenere Lebenshaltung gewöhnen hat, dann werden die Gewerkschaften zur Vernunft kommen. Allerdings bedarf es zur Vollendung dieses natürlichen Heilungsprozesses eines Fortschritts der Krise der Bauwirtschaft und einer weiteren Verschärfung bis zum völligen Stillstand des Gewerbes..."

Zum Schluß wird erklärt, die baugewerkschaftlichen Unternehmer müßten sich die Forderung der Rückführung der Bauarbeiterlöhne auf den Vorkriegsstand zu eigen machen. Man sei gern bereit, sich an Besprechungen über diese Frage zu beteiligen.
 Lohnt es sich, zu solchen veräppelten Sundstagsreden noch etwas zu sagen? Zunächst wird geschwindelt, der Index stehe heute auf 100, folglich müßten die Bauarbeiterlöhne herunter auf den Stand der Vorkriegszeit. Und da die Bauarbeiter dem entgegenzusetzen werden, nicht zu zermürben, indem die Bauwirtschaft bis auf den Grund zu Grunde gegangen ist. Eine geradezu wunderbare Perspektive und ein ganz besonderer Anflug jenes Scharfmachergeistes, der heute Deutschland beherrscht und bis in hohe Regierungskreise abwärts! Das ist Scharfmacherholzwirtschaft in Reinkultur, der die Wirtschaft erschlagen will um den Preis der Herabdrückung der deutschen Arbeiterkraft zu Paris! Und daß die „Deutsche Tiefbauzeitung“ einem solchen perverlen Scharfmachergeistes ihre Spalten öffnet, ist ebenfalls bezeichnend für den Geist, der dort drüben herrscht. Gängen wir dieses Elabotat als Ausfluß tiefsten Scharfmachergeistes tiefer...

Freiwilliger Arbeitsdienst und Lohndruck.
 Arbeitsbeschaffungspläne haben wir in der Nachtlegzeit in Deutschland zu Stande gebracht. Das Ergebnis der bisherigen Pläne bestand darin, daß die vorhandene Arbeit der dafür vorhandenen Berufsgruppe w e g n a h m, um sie anderen zu geben. So hat man mit den sogenannten Notstandarbeiten nichts anderes erreicht, als die in den Jahren 1920 bis 1921 vorhandenen ungelerten Bauarbeiter aus der Tiefbauarbeit zu verdrängen. Um an ihre Stelle Arbeiter zu setzen, die in Industrie und Landwirtschaft arbeitslos geworden waren. Zu dem Neuesten auf diesem Gebiet gehört der „Freiwillige Arbeitsdienst“.
 Wenn unser homettes Bürgerium einen Angriff auf Arbeiterbelange vorhat, dann ist allemal die Moral die Ursache. Man lagt nie, daß dabei ein gewisser Jemand einen starken Drang nach der Futtertröge verspürt. O nein, nur die „Moral“ der Arbeiterklasse ist in größter Gefahr, darum muß man sich persönlich für ihre Rettung ins Zeug legen. Natürlich in der selbstverständlichen Erwartung, daß das Reich und öffentliche Einrichtungen bereit sind, die entsprechenden Geldmittel zu liefern, denn die Moral der Arbeiter ist ein so wertvolles Gut, daß man für ihre Rettung den Keitern eine annehmbar Bezahlung bieten muß. Man schafft also zunächst eine obere Amtsstelle mit einem Reichskommissar, der damit zum Schwerbediensteten aufrückt. Aber diesen Reichskommissar kann man nicht allein lassen, man muß ihm einen feinen Rang entsprechenden „Stab“ von oberen, mittleren und unteren Beamten zuweisen, die wieder ihrem Range entsprechend bezahlt werden müssen. Hier kennen ja solche Vorgänge schon aus der Kriegszeit, in der Armeen von Landsturmbattalionen aufgestellt wurden, weil alle Generale, Obersten, Majore usw. sich „zur Verfügung Sr. Majestät“ gestellt hatten...
 Heute ist die Moral vieler tausender junger Arbeiter in Gefahr infolge der Dauerarbeitslosigkeit. Zu ihrer Rettung haben sich mehr oder weniger prominente Leute verbündet. Zur Arbeitsbeschaffung? Nein, zur Propagierung des „freiwilligen Arbeitsdienstes“. Wer dieses Wort hört, der muß annehmen, daß unter den 4 1/2 Millionen Arbeitslosen eine besondere Propaganda nötig liegt, um sie zur Arbeit anzuregen; es sei zwar Arbeitslosigkeit genug

vorhanden, sie wollten nur nicht. Da das nicht zutrifft, so ergibt sich jenseitig daraus die innere Unwahrheit des „Freiwilligen Arbeitsdienstes“. Wir wissen, daß die 4% Millionen gerne arbeiten möchten. Es wäre also das einfachste, ihnen Arbeit zu geben. Aber bitte, wo bleiben dann alle die schönen Helfer für jene, die zwar nicht selbst produktiv tätig sein wollen, aber gerne über die Arbeitsbeschaffung für andere reden und schreiben. Außerdem hegen alle Leute, die eine Sache von „höherer Warte“ aus betrachten, den Grundsatz: Man soll eine Sache nicht einfach gefallen, wenn man sie kompliziert machen kann! Anstatt also den Grundbesitzern und Straßennutzerhaltungspflichtigen von Reichs und Staats wegen nahezu legen, zur allgemeinen Behebung des Arbeitsmarktes ihre Bodenverbesserungs- oder Straßennutzungsarbeiten selbst machen zu lassen, verpflichtet man ihnen, wenn sie helfen wollen, eine Beschäftigung in der Form von Zuschüssen aus der Reichsanstalt und von Arbeit, die sie fast gar nichts kostet. Sie sind bereit, dieses „Opfer“ auf sich zu nehmen. Wenn nämlich bei uns Oedland kulturlässig gemacht werden soll, dann ist es „unser“, wenn es aber kultiviert ist, dann ist es der privaten Grundbesitzer Land.

Wir haben als Gewerkschaften und gemeinsam mit den Unternehmerverbänden gegen die Verfallung der Moral, die sich unter dem Begriff „Freiwilliger Arbeitsdienst“ versteckt, angekämpft, weil wir wissen, daß es sich in der Tat nur um Lohnraub handelt. Für diese Lohnraubnahme bestand die Befürchtung, daß diese Arbeiten in Regie gemacht würden. In den Streit um diese Angelegenheit griff die Reichsregierung durch die Notverordnung vom 23. Juli 1931 ein. In der „Verordnung über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes“ wird zwar bestimmt, daß Gegenstand des freiwilligen Arbeitsdienstes nur gemeinnützige, sachliche Arbeiten sein können, aber die Gemeinnützigkeit wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Arbeiten einem beschränkten Personenkreis (Verbänden, Genossenschaften, Hilfsbedürftigen) zugute kommen, sofern die Allgemeinheit ein wesentliches Interesse an der Ausführung hat. Wir kennen diese Weise von den Notstandsarbeiten her, die nach den gesetzlichen Bestimmungen zu höchstens einem Sechstel hätten gefördert werden dürfen. Welcher Grundbesitzer oder welcher Genossenschaft von Grundbesitzern wird sich nicht gern für hilfsbedürftig erklären, wenn sie Arbeit umsonst bekommen können? Selbstverständlich wird jeder erklären, daß die Arbeit nicht gemacht werden könne, wenn nicht aus der Reichsanstalt ein Zuschuß geleistet werde! Ähnlich steht es um alle die anderen Vorschriften der Verordnung. Alle sind Kaufschuß, mit Ausnahme des Artikels 16, in dem bestimmt wird, daß Bodenverbesserungsarbeiten und Arbeiten zur Herrichtung von Siedlungs- und Kleingartenland in jedem Falle als landwirtschaftliche Arbeiten anzuzählen sind und daß als Unternehmer die Träger der Arbeiten gelten. Mit diesen Vorschriften hat die Reichsregierung einmütig in unseren Reihen für Hoch- und Tiefbau ein Loch geoffen, zum anderen aber arbeitsrechtlich etwas Neues geschaffen. Seit dem Bestehen der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung gehören Bodenverbesserungsarbeiten unbefristet unter die Jurisdiktion der Tiefbau-Berufsgenossenschaft. Aus diesem Grunde sind sie auch im Reichsarbeitsvertrag mit aufgeführt. Bei dem freiwilligen Arbeitsdienst gehören sie jedoch zur Landwirtschaft, folglich finden die Vorschriften über Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Gehaltszuschuß und Arbeitsbeschränkungen für Frauen und Jugendliche nicht die Anwendung wie in gewerblichen Betrieben. Wenn die freiwilligen Arbeitsdienstler nicht vom Träger der Arbeiten in Regie, sondern bei einem Unternehmer beschäftigt werden, der von dem Träger die Arbeiten im Verbindungswege übernommen hat, so ist trotzdem nicht der Unternehmer, dessen Anweisungen sie zu folgen haben, ihr Arbeitgeber, sondern der Träger der Arbeiten. Sollten überhaupt Unternehmer freiwillige Arbeitsdienstler beschäftigen? Vorher redete man anders, inzwischen sind aber die Unternehmer — mit einem angemessenen Gewinn — eingeschaltet.

In Nr. 37 der „Deutschen Tiefbau-Zeitung“ veröffentlicht der Reichsverband für das Landeskulturbaugewerbe, zugleich Reichsverband des Deutschen Tiefbauergewerbes, die „Richtlinien“. Zunächst wird mitgeteilt, daß im Auftrage des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbauergewerbes regelmäßig Vertreter an den Beratungen und Besprechungen teilgenommen und Verbesserungsentschlüsse gemacht haben. Am 5. Mai 1931 war auf Einladung des Reichsministers Treutmann eine Besprechung mit den Jugendverbänden, an der auch Unternehmervertreter teilnahmen. Am 5. August 1931 hatte man die Richtlinien für angemessenen Gewinn fertig. Wir lassen sie hier folgen:

Richtlinien für die Verträge zwischen Träger des Dienstes, Träger der Arbeit und Unternehmer bei Ausführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes.

Nach der Notverordnung vom 5. Juni 1931, der Verordnung vom 23. Juli 1931 und den Durchführungsbestimmungen der Reichsanstalt vom 10. August 1931.

- Beschlossen zwischen:
1. Verband Deutscher Landeskultur-Genossenschaften (Träger der Arbeit);
 2. Jugendverbände, soweit diese Arbeitswillige bisher angeboten haben (Träger des Dienstes);
 3. Reichsverband für das Landeskulturbaugewerbe und Reichsgruppe Landeskulturbau (Unternehmer);
 4. Vertreter der Fachgruppe „Freiwilliger Arbeitsdienst“ der Deutschen Landeskultur-Arbeitsgemeinschaft.

Die Teilnehmer an der Sitzung vom 5. August 1931 betr. die Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes sind sich über folgendes einig geworden:

Es ist notwendig, daß einerseits ein Vertrag zwischen der Landeskultur-Genossenschaft und dem Träger des Dienstes (Jugendverband), andererseits der sächsische Vertrag zwischen Unternehmer und Landeskultur-Genossenschaft abgeschlossen wird, in dem der Inhalt des Vertrages mit dem Jugendverband als Grundlage aufgenommen wird.

Als Richtlinien für den Vertrag zwischen der Landeskultur-Genossenschaft und dem Jugendverband kommen folgende in Frage:

Die Landeskultur-Genossenschaft, die nach der Durchführungsverordnung des freiwilligen Arbeitsdienstes

(Beilage zum Reichsarbeitsmarkt-Anzeiger Nr. 13 vom 10. August 1931) den Förderungsbetrag als Träger der Arbeit erhält, gibt ihn in dem vollen Umfange an den Jugendverband weiter.

Dagegen übernimmt der Jugendverband folgende Verpflichtungen:

- a) Er sorgt für angemessene Unterkunft und eine Bekleidung, die den Anforderungen der betreffenden Arbeit gemessen ist. Er gewährt auskömmliche Verpflegung und ein geringes Taschengeld je Wochentag.
- b) Der Jugendverband hat auf jeder Arbeitsstelle einen Führer zu bestellen, der für das Verhalten der Arbeitsdienstwilligen verantwortlich ist. Der Jugendverband hat dafür Sorge zu tragen, daß sich die Arbeitsdienstwilligen den technischen Anordnungen des Unternehmers fügen. Der Unternehmer kann, jedoch nur im Einvernehmen mit dem technischen Bauleiter der Landeskultur-Genossenschaft, die Auswechslung eines ungeeigneten Arbeitsdienstwilligen von dem Jugendverband beantragen.
- c) Der Jugendverband hat im Falle von A (4) der Durchführungsverordnung (Aufnahme eines Arbeitsdienstwilligen durch das Arbeitsamt bzw. Aufsuchen des Arbeitsdienstwilligen auf eigenen Wunsch) für sofortige Einstellung eines Ersatzmannes derart zu sorgen, daß eine Verringerung der Arbeitskräfte nicht eintritt. Hierfür übernimmt der Jugendverband die Haftung, es sei denn, daß trotz des Abrufes und ohne daß Nachkoften entstehen, die Arbeitsleistung voll erreicht wird.

Verbindlichste Anfrage.

Herr Stegerwald hat mit Schmeid, Die Allgemeinverbindlichkeit Des Baulohns auszusprechen; Die ganze Dinge tut er mit viel Würstchen Lohndruck mit viel Geschrei Auf Biegen oder Brechen!

Daß unser Lohn zu hoch, ersieht man schon Aus der gegebenen Situation. Denn wer „berufesüblich“ Winters hungert, Dem darf solch „hohen“ Lohn man auch nicht geben im Sommer. Denn sonst könnte man erleben, Daß er sich unbedenklich überfrisst — Was ihm und auch der Wirtschaft schädlich ist! Drum ist starker Lohndruck wie ihr seht, Erfordernis bekommenlicher Diät; Auch braucht der Unternehmer voll Gemüts Den Lohndruck zum Schutze des Profits — Und dieser Gründe zwingende Gewalt Bestimmt das Handeln des Herrn Stegerwald.

War dieser Fall nicht gar zu schlimm — Wir würden solchen Kimbimbim Verspotten und beachten. Doch fragen wir: „Seh'n Sie nicht bald, Wohin das führt, Herr Stegerwald? Wo bleibt der Schutz der Schwachen!“ Max Vollmann.

d) Der Jugendverband hat dafür Sorge zu tragen, daß eine im Einzelfalle festzulegende Mindestleistung seitens der Arbeitsdienstwilligen erfolgt wird. Sollte die Mindestleistung nicht erreicht werden, werden die unten vorgezeichneten „Leistungszuschläge“ zur Deckung des Ausfalls vermandt, d. h. also an den Jugendverband insoweit nicht gezahlt.

Bei der Festsetzung der Mindestleistung ist zu beachten, daß sie für die ersten vier Wochen etwas niedriger angelegt und dann allmählich gesteigert wird. Entsprechend sind daher auch im Einzelfalle Vereinbarungen über die Arbeitszeit zu treffen.

In den Vertrag ist aufzunehmen, daß die Unternehmer von der Genossenschaft zu verpflichten sind, bestimmte Leistungsleistungen zu zahlen. Im allgemeinen wird es zweckmäßig sein, bis zur Höhe der Mindestleistung einen prozentual niedrigeren Zuschuß und für höhere Leistungen einen prozentual höheren festzusetzen.

Die Leistungsleistungen für die betr. Gruppe von Arbeitsdienstwilligen sind an den Jugendverband bzw. auf Grund seiner Anweisung an den örtlichen Gruppenführer zu zahlen. Die Zuschläge sind unter die Gruppen der Arbeitsdienstwilligen nach Ermessen des Jugendverbandes zu verteilen.

e) Der Jugendverband hat für den Hin- und Rücktransport der Arbeitsdienstwilligen Sorge zu tragen.

f) Der Jugendverband übernimmt die Unfallversicherung für Gefahren außerhalb der Betriebe, insbesondere während der Freizeit (vgl. G (3) der Anwendung der Reichsanstalt an die Landesarbeitämter).

g) Reichen nach Auffassung des Jugendverbandes die ihm zur Verfügung gestellten Förderungsbeträge nicht aus, so ist in den Vertrag eine Vereinbarung über den Mehrbetrag, den er von der Genossenschaft erhält, aufzunehmen. Die an der Besprechung Beteiligten sind sich im übrigen darüber klar, daß die vorstehenden Richtlinien nur als vorläufige zu betrachten sind, da der Inhalt von Arbeitsdienstwilligen sich erst im Stadium des ersten Versuches befindet.

Der Beauftragte des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbauergewerbes bemerkt zu den Richtlinien am Schluß:

„Bei unseren Beispielsrechnungen, bei denen wir für Minderleistung der Arbeitsdienstwilligen 30% Leistungsleistung rechnen und einen Kostenanteil von 50% der Löhne als Generalaufschlag des Unternehmers berücksichtigen, bleibt den Genossenschaften je nach größerem oder kleinerem Materialanteil bei Ausführung durch Unternehmer mit Arbeitsdienstwilligen noch eine Verbilligung von 44 bis 37%.“

Dabei ist das Risiko der Erwerbslosigkeit geringer als sonst, da alle reinen Lohnsummen durch Zuschüsse gedeckt werden. Unpraktisch in der Anwendung aber würde bleiben

das vertragliche Zusammenarbeiten der Träger der „Arbeit“ mit den Trägern des „Dienstes“.

Als gemeinnütziger Vermittler hätte hier eine Stelle dankbare Aufgaben. Wir sind daher auch zur Schaffung einer solchen gemeinnützigen Gesellschaft unter Beteiligung des Reiches, der Länder und vor allen Dingen der maßgebenden Bankinstanzen unentwegt seit Monaten tätig gewesen. Die Gesellschaft soll nur freibündlich wirken, wobei der Unternehmerhaftung maßgebender Einfluß gesichert ist.

Nach unendlich mühsamer Arbeit scheint jetzt endlich der Weg zum Abschluß geendet. Die Mitglieder erhalten nach Bescheiden schnellstmöglich genaue Nachrichten. Bisherige strengvertrauliche Behandlung war unbedingte Notwendigkeit. Mit Verbandsgruß gez. Polzer.“

Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Rechnung von Polzer am Schluß stimmt, denn unser Wissen hat sich bisher schon gezeigt, daß die im „Freiwilligen Arbeitsdienst“ erstellten Arbeiten teuer werden als die von freien Trägern der Arbeiten wird für ihre Berechnung, die Moral der Jugendlichen zu retten, eine Hindernisgabe von 44 bis 37% verprochen. Dem Unternehmer ein angemessener Gewinn, dem obersten Leiter des Jugendwerkes angeblich 24 000 M jährlich, dem untersten Führer 4000 M jährlich und dem freiwilligen Arbeitsdienstler „angemessene“ Unterkunft, „angemessene“ Verpflegung und ein kleines Taschengeld; sicher ist, daß er am Tage frei Licht und im Sommer freie Heizung bekommt. Und was denken die Jugendverbände als Menschenfresseranten dabei zu verdienen oder zu verlieren?

Arbeitsrechtlich stehen wir vor dem Kuriosum, daß nicht der Jugendverband, der die Arbeiter liefert und der sie für ihre Arbeit mit Unterkunft, Verpflegung und Taschengeld entlohnt, der Unternehmer ist, auch nicht der Unternehmer, für den sie arbeiten; Unternehmer ist der Träger der Arbeiten. Also eine Genossenschaft, ein Grundbesitzerverband oder eine Gemeinde! Es ist geradezu prachtvoll bestellt um die Notverordnungen, die im grünen Licht ausgeheckt werden! Man soll eine Sache keineswegs einfach gestalten, wenn man sie kompliziert machen kann!

Die Bauarbeiterverbände haben von Anbeginn gegen die freiwillige Arbeitsdienstpflicht ihre Bedenken geltend gemacht, haben protestiert im Interesse derer, denen man auf diesem Wege von der Isolierung schon geringen Arbeitsmöglichkeit einen nicht unerheblichen Zeit nehmen will. Auch im Grundstein haben wir frühzeitig vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt, die an sogenannten Erwerbslosensiedlungen geknüpft werden könnten. — Auch die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben zu den Plänen über die Anweisung von Erwerbslosen Stellung genommen. Sie sind zu folgendem Ergebnis gekommen: Die Bestimmungen der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 über Siedlungsstellen sowie die zahlreichen Vorschriften zur Anweisung von 100 000 Erwerbslosen lassen es geraten erscheinen, vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen, um spätere Enttäuschung vorzubeugen. Die finanzielle Notlage sämtlicher öffentlichen Verwaltungsinstitutionen und Körperlichkeiten und die trostlose Lage von Millionen Erwerbslosen werden dazu zwingen, in erster Linie mit geringen Mitteln rasch wirkende Erleichterungen zu schaffen.

Die bisher im Vordergrund stehende Tätigkeit stehende landwirtschaftliche Siedlung ist nach Kräften weiter zu fördern. Sie bedingt aber erhebliche Geldmittel und sachliche Eignung der Siedler. Daher kann sie den städtischen Arbeitsmarkt nicht fühlbar entlasten. Die landliche Siedlung hat vor allem den Zweck, die Erwerbslosen auf dem Lande durch Ueberlassung genügend großer Siedlungsstellen zu fragwürdigen Bedingungen lobenständig zu machen, um der Landflucht vor dem damit verbundenen Ueberfallung des städtischen Arbeitsmarktes entgegenzuwirken. — Die bisherigen Pläne zur Durchführung von Stadtrand-Siedlungen sehen ebenfalls beträchtliche Geldmittel voraus. Eine selbständige Erziehung bieten sie jedoch dem Siedler nicht, weil bei der vorgezeichneten Größe der Siedlerstellen durch Bodenbearbeitung und Kleintierzucht nur ein geringer Beitrag zum Lebensunterhalt erarbeitet werden kann. Die Stadtrand-Siedlung stellt also Weiterbeschäftigung des Siedlers in seinem Beruf oder den Bezug von Arbeitslosenunterstützung voraus. — In der augenblicklichen Notlage ist daher der Arbeitslosen Kleingartenland in weitestem Umfange zur Verfügung zu stellen. Der Kleingarten erfordert verhältnismäßig geringe Anlagekosten, seine Bewirtschaftung keine Spezialkenntnisse, er bietet dem Erwerbslosen ein Befähigungsfeld und nach kurzer Zeit einen Nahrungs-mittelzuschuß. Voraussetzungen für eine erfolversprechende Zuteilung von Kleingärten sind vor allem: Weiterzahlung der Arbeitslosenunterstützung, weitgehende Fahrpreisvergünstigungen für das ganze Jahr; geriner Pachtvertrag und langjähriger Pachtvertrag; Befreiung, Befreiung und Befreiung durch den gemeinnützigen Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands und seine Genossenschaften; Gewährung von Einrichtungsbeiträgen. Außerdem fordern wir eine stärkere Förderung der Kleingartenbewirtschaftung durch Verbilligung des Wohnheimstättenzweckes, häufigere Anwendung des Erbhauerechts, Befreiung der erwerbenden Bestimmungen über Wohnnebenmieten, um den Baumarkt zu beleben und diese Siedlungen lebensfähig zu erhalten.

Die materielle und seelische Not der Erwerbslosen erfordert unverzügliches Handeln. Geeigneter Boden ist rings um die Städte und selbst inmitten der Wohnblöcke reichlich vorhanden. Von den Verwaltungen des Reiches und der Länder, von den Magistraten und Stadtvorordnenkollegien erwarten wir, daß unter Zurückstellung bürokratischer Bedenken schnell und umsichtig gehandelt wird.

Zwei interessante Briefe.

Interessant sind die Briefe deshalb, weil sie Aufschluß darüber geben, in welcher Weise sich die unseligen Macher der RWD, gültig tun an den Großen, die für die stets und immer „führende“ RWD, — angeblich zur Führung „entscheidender“ Machtkämpfe — zusammengebeckelt werden. Da schreibt ein Eduard Lindner aus Wiesbaden an das Bezirkskomitee der RWD, in Frankfurt a. M. unter dem 25. September unter anderem folgendes:

„An dem best. Sonntag, als der Gen. Bildgrube hier war zur Unterbes. Kaffee-Konferenz, hat der Gen.

Kräger dem Gen. Widgrube einen Floh ins Ohr gesetzt, u. wer weiß, was alles erzählt. So weit mir bekannt ist, wird bei Kommunisten alles Derartige mit dem betr. Gen. in Aug verhandelt, u. nicht wie es hier der Fall war, hinter dem Rücken. Pflicht wäre es meiner Ansicht nach gewesen, wenn an dem betr. Sonntag der Gen. Widgrube mit mir darüber gesprochen hätte, dann hätte ich Respekt gehabt. Aber so sind es Kammerherren. Die ganze Angelegenheit hat sich von Tag zu Tag zugehäuft, u. es werden die schönsten Märchen erzählt. (Werde jetzt noch draufhelfen.) Es wurde am Dienstag, den 15. ds. Monats, als der Hauptkassierer in die Funktionärskongresse kam, aufgefordert, daß er Marken u. f. w. abgeben solle. Wer gibt hierzu das Recht, u. vor allen Dingen, da dem Koll. E. nicht das geringste nach zulegen ist betr. seiner Funktion. Vor allen Dingen hat bei derartigen Vorkommnissen die gesamte Mitgliedschaft darüber zu entscheiden, u. nicht wie es hier der Fall ist, daß so ein Schösel wie Kräger eigenmächtig handelt, an demselben Abend hat mir darauf hin E. alles übergeben, u. erklärt, daß er keinen Federstrich mehr für die Organisation machen. Somit hat E. mit der Organisation nichts mehr zu tun.

Nun Gen. habe mir lange die Sache überlegt, was ich tun soll, bin heute zu dem Entschluß gekommen, u. zwar zu folgendem:

Erstens muß ich daran erinnern, daß die Gelder, die in Frankfurt an die Genossen des Bez. Komitees bezahlt wurden in Höhe von 50.— M pro Woche macht im Monat 200.— M pro Person, für eine wov. Org. nicht fragbar sind, und dann noch dazu, wenn man bedenkt, daß sogar der Hausbuch eine wöchentliche Honorar von 12.— Mark erhält, das läßt doch zu denken übrig, wie mit Proleten Geldern gewirtschaftet wird. Gehe mich daher gezwungen, mir für meine geleistete Arbeit im Interesse der Organisation auch in Anrechnung zu bringen, da es ja sonst auf andere Weise verpulvert wird. Will aber nicht unerschämte sein, u. das was ich dem Bez. Komitee schulde u. die letzte Monatsabrechnung für beglichen ansetzen, verrechnet auf die letzten 6 Monate. Werde alles, was noch in meinem Besitze ist von Material (Abzügen u. f. w.) dem Titobmann Frankenbach übergeben...

Nicht wahr, ein niedlicher Brief? Er zeigt, daß die Macher der R.O.D. zu leben verstehen, womit eine von uns längst begabte Vermutung nur bestätigt wird. Dem Jindorf antwortete dann das Bezirkskomitee der R.O.D. Dessen-Frankfurt unterm 30. September folgendes:

„Das Bez.-Komitee befaßt sich nochmals eingehend mit den durch Dich verursachten finanziellen Mißständen. Durch die bereits zwischen Dir und uns unter Sinanzziehung von anderen Wiesbadener Genossen stattgefundene Besprechung bist Du bereits über die Lage selbst informiert, so daß sich ein näheres Eingehen darüber jetzt erübrigt. Hatten wir selber die Vermutung, daß die Mißstände und finanziellen Schwierigkeiten, die wir dadurch erleiden, nur auf Dich zurückzuführen sind, so hat sich dies unsere Aufklärung durch die in den letzten Tagen vorgenommenen Erhebungen, und ganz besonders durch Dein letztes Schreiben selbst, nicht nur bestätigt, sondern wir haben den positiven Nachweis erhalten, daß die Mißstände und die schwersten Schäden der Organisation durch Dich vorgenommen wurden.“

Dein letztes Schreiben, das weder sachlich, noch politisch, noch in sonstiger Weise stichhaltig ist, beweist mit absoluter Eindeutigkeit und Klarheit, daß Du ein ausgeprägter Feind unserer Bewegung bist.

Wir geben Dir deswegen hiermit nur noch zur Kenntnis, daß Du wegen Unterfertigung und schwerer Organisationschädigung aus der R.O.D. ausgeschlossen wurde...

Wir betonen ausdrücklich, daß durch diesen Ausschluß unsere Ansprüche noch keineswegs erloschen sind. Ebenfalls wenig anerkennen wir, daß durch Deine Tätigkeit hier die R.O.D. die Ansprüche, die die Organisation an Dich zu stellen hat, als abgesprochen zu betrachten sind. Im Gegenteil, wir werden, sofern Du nicht restlos beziehst, Mittel und Wege finden, Dich zur Verantwortung zu ziehen.“

Wir verstehen den Jörn der R.O.D.-Gewaltigen in Frankfurt. Wie konnte sie ein Kerl wie Jindorf daran erinnern, daß sie sich für ihre „aufreibende“ Tätigkeit bezahlt machen, und wie konnte er zur Herstellung der „Wahrs“ für sich das gleiche beanspruchen! Deshalb raus mit dem Kerl! Ja, und wenn es mal zu einem „Streik“ kommt, in dem die R.O.D. wie immer „führt“: Dann her mit der Gulachkanone!

Ein Drama.

Eine Tragödie als ein Flammenzeichen der entsetzlichen Not, weit in die Wirren unserer gesellschaftlichen Verhältnisse leuchtend, ereignete sich kürzlich in Berlin. Der 23jährige Bauhilfsarbeiter Kurt Loge, seit zwei Jahren arbeitslos, erlangte seine Frau, seinen vier Jahre alten Sohn und erlangte sich darauf, ein sieben Monate altes Kind ist — ärztlicher Obduktion zufolge — am Tage vor der graufigen Tat Hungers gestorben.

Dies stellte die Tagespresse kurz mit. Wir möchten wünschen, daß die Mitteilung das öffentliche Gewissen bis in die letzten Winkel aufrütteln möge. Uns drängt sich die Frage auf, haben alle Regierungs- und Behördenstellen, angefangen von den Wohlfahrtsämtern bis hinauf zur Reichsregierung, alles getan um solche Tragödien zu verhindern? Nein, muß die Antwort lauten. Hat in diesem besonderen Fall das Berliner Wohlfahrtsamt alles getan, um diese graufige Tragödie der Not zu verhindern? Wir wissen es nicht. Wir wissen aber: Kurt Loge war einer von den 30 000 erwerbslosen Bauarbeitern Berlins, die zum Teil seit langer Zeit arbeitslos sind. Er gehört mit zu jenen, die angeblich hohe Bauarbeiterlöhne beziehen, die „Gajonarbeiter“ sind und als solche ständig das Verwahrlosungskomitee der Reichsregierung und der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, um auszuprobieren, mit wie wenig ein Mensch begüterten könne. Zuletzt bekam er für seine vierköpfige Familie 14 M monatlich. Mit dieser kargen Unterfertigung konnte er natürlich seine Miete nicht mehr zahlen, deshalb war er schon im vergangenen Winter mehrere Monate die Miete rückständig. Immer wieder hat er sich bemüht, irgendwelche Arbeit zu bekommen. Zuletzt bukkelte er Kartoffeln und es gelang ihm, die Miettschulden abzutragen. Doch die Arbeit ging zu Ende. Gar bald war er wieder drei Monate die Miete schuldig. Und dann packte den Kollegen die Verzweiflung...

Als die Polizei in die Wohnung eintrat, lag die Räumungsklage auf dem Tisch...

Die Räumungsklage gab dem unglücklichen Mann den letzten Stoß. — Verwandte des Mannes haben geholfen, wo sie konnten. Uns aber drängt sich immer wieder die Frage auf, haben die zuständigen Behörden auch getan, was sie konnten? Selbst in dieser fürchterlichen Krise müssen die Mittel vorhanden sein, damit kein Mensch hungern braucht. Schließlich — wenn die Gesellschaft nicht anders will — ein Erwohner kann sich auch anders helfen. Aber ein Kind nicht. Ein Baby niemals. Es muß deshalb hungern. Ein Kind verhungert! Wie inbaldiges Gewissen sind diese Worte! Welche unermesslichen Jammer bergen sie! Gibt es eine fürchterliche Anklage gegen Regierung und Gesellschaft, gegen die kapitalistische Wirtschaft, gegen alle die, die bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit über die Arbeiterschaft herfallen; über die Bauarbeiter, ob ihrer „hohen“ Löhne? Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß die Hartherzigen und Unsozialen durch solche Tragödien wie diese, die sich heute hundertfach ereignen, zu sozialem Verständnis geweckt werden. Wir aber schleudern unsere Anklage in die Öffentlichkeit und fordern, daß alles getan wird, um die entsetzliche Not der Arbeitslosen zu mildern. Wo für Subventionen noch Mittel vorhanden sind, da sind auch die Mittel, um Hungernde zu sättigen!

Verlängerung der Krisenfürsorge.

Die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterfertigung ist bekanntlich mit Wirkung vom 5. Oktober 1931 an auf 20 Wochen, bei berufstätig Arbeitslosen auf 16 Wochen herabgesetzt worden. Zum Auslöschung hierfür hat der Reichsarbeitsminister nunmehr die Dauer der Krisenfürsorge entsprechend verlängert, und zwar in der Weise, daß die Gesamthöchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterfertigung und der Krisenunterfertigung wie bisher 58 Wochen, bei über 40 Jahre alten Arbeitslosen wie 71 Wochen betragen kann. — Ähnlich wird dazu noch mitgeteilt: Bei der finanziellen Notlage des Reichs, der Gemeinden und Gemeindeverbände mußte übergeleitet werden, daß nur wirklich Bedürftige die Krisenfürsorge erhalten. Es war daher notwendig, die Bestimmungen über die Prüfung der Bedürftigkeit noch mehr als bisher der Regierung anzupassen, die in der öffentlichen Fürsorge gilt. Um

eine möglichst zuverlässige Prüfung der Bedürftigkeit zu gewährleisten, sind über die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsämtern einerseits, den Gemeinden und Gemeindeverbänden andererseits neue Bestimmungen getroffen; auch ist die Entscheidung der Gemeinden für ihre Mitarbeit bei dieser Prüfung allgemein festgelegt. Die neuen Bestimmungen werden in der bei Abschluß dieser Nummer des „Grundstein“ noch nicht erschienenen Nummer 30 des „Reichsarbeitsblattes“ veröffentlicht. Sie treten am 9. November in Kraft.

Erster Verbandstag des GVDV.

Was ist das? Ein sogenannter Verbandstag des sogenannten Einheitsverbandes für das Baugewerbe, eines Splitters des größeren Splitters R.O.D. Und wenn solche gesellschaftlichen und politischen Querulanten einen „Verbandstag“ abhalten, so ist das ein „r o t e r“ Verbandstag, Und den hielt man am 4. Oktober in Berlin ab. Was dort geschah? Wenn man dem Querulanten-Blaß „Pionier“ folgt, so war das eine geradezu „überwältigende“ Rundgebung. Nachdem wir aber mit nüchternen Augen diesen Bericht studiert, finden wir, daß es viel Schöner und wenig Wollte, daß es bolschewistische Theateraufführung war. Man denke: „In das Präsidium dieses „Verbandstages“ wählte man Stalin, Toljostski, Thälmann, Rakow und noch einen von der Klassenjustiz beurteilten Bauarbeiter. Diese Herrschaften waren nicht da, aber man mußte sie eben in „Präsidium“ abhalten, und dann geleiste He d e r t den revolutionären „Ausweg“. Er rief auf zur „roten Einheits“, zum „Klassenkampf“ um Arbeit, Brot und Freiheit“. Und dann schimpfte er auf die verfluchten Reformisten und auf den frechen „Naphtali-Schwindel“, erzählte etwas von der Krise im Baugewerbe und kam zu dem selbstverständlichen Schluß, daß die 1,5 Millionen deutscher Bauarbeiter für den „revolutionären Kampf“ gewonnen werden müssen. Überall müsse man Fraktionen der R.O.D. bilden und sie „aktivieren“. Ein guter „Funktionärkader“ räume auf die Weise zu „stehen, und dann würde die Befreiung der Arbeiterschaft schon vor sich gehen. Dann schiederte Socher die „Erfolge“ des GVDV. Über 25 000 Bauarbeiter seien in der R.O.D. in Industriegebiete Bau, organisiert. Das seien fast 30 000 in Streikämpfen gefällte Bauproleten. Und deshalb stehe dieser Verbandstag im Zeichen der „sich herausbildenden revolutionären Einheitsfront aller Bauarbeiter“ unter „Führung“ der Roten Gewerkschafts-Internationalen.

Eine Diskussion wurde natürlich nach dem Vortrag Sochers auch geführt. So wurde geschwafelt, die Sachdecker in Duisburg und in Nordböhmen befänden sich restlos im GVDV. Und es wurde gemurmelt über die „freien Spaltungsmaßnahmen“ der „Reformistischen“ Bauarbeiterführer. Außerdem, die Spalter sind immer die Reformisten! Auch wenn ihre Gewerkschaften bereits seit langen Jahren bestehen, so sind nicht etwa die Männer der R.O.D. oder die Männer vom Industrieverband für das Baugewerbe die Spalter, sondern die Spalter sind und bleiben die dreimal verfluchten Reformisten! Sogar ein christlicher Bauarbeiter aus dem Ruhrgebiet stellte sich dieser Verammlung vor und erklärte, es gäbe nur zwei Weltanschauungen, eine kapitalistische und eine sozialistische. Diese Erkenntnis werde auch den christlichen Arbeitern kommen. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß von überall berichtet wurde, daß die R.O.D., Industriegebiete Bau, fürchterlich „marschieren“. Damit steht allerdings im Widerspruch die Behauptung, daß sich erst 25 000 Bauarbeiter in der R.O.D., Industriegebiete Bau, befinden. Über über lokale Kleinigkeiten steht man hinweg. Zum Schluß wurde noch bemerkt, daß sogar 1 (in Worten) ein GVDV-Bauarbeiter zur R.P.D. übergetreten sei. Gloria und Heil!

Schließlich wurden noch die Mandate geprüft, auch wurde etwas zum Status gesagt. Das war der „bedeutsame“ Tagung des GVDV. Wunderbar genügsame Leute! Aber immerhin: Man schloß mit einem Hoch auf die R.O.D. und auf die kommunistische Internationale. Und „begelert“ lief man auseinander. — Am Rande sei vermerkt, daß zu gleicher Zeit auch über eine internationale Bauarbeiter-Tagung berichtet wurde. Es waren da Vertreter aus Deutschland, Frankreich, England und der Tschechoslowakei. Allerdings! Daß man auf dieser Konferenz das hohe Liebes Sozial-Ruglands anstimmte, ist selbstverständlich. Sonst wäre über diese „Tagung“ weiter nichts zu berichten...

Die beispiellose Menschheit hat sich mittels Klassenengegengesetz entwickelt. Sie ist damit jenseit gekommen, daß sie namentlich sich unmittelbar selbst entfalten wird. Die Klassenengesetze werden Entscheidungen der Menschheit. Der Arbeiterstand will die Klassenengesetze aufheben, damit die Menschheit eine Menschheit sei. Joseph Dieckmann.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 5. Oktober 1931.

Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos

Bezirksverband	Anzahl der Bundesmitglieder	Arbeitslos am Feststellungstage	Arbeitslosigkeit nach Berufsgruppen													Insgesamt	vom Bundesmitglied																
			Mann	Verwaltungs- und Bauhilfsarbeiter	Bauhilfsarbeiter	Bauhilfsarbeiter	Bauhilfsarbeiter	Bauhilfsarbeiter	Bauhilfsarbeiter	Bauhilfsarbeiter	Bauhilfsarbeiter	Bauhilfsarbeiter	Bauhilfsarbeiter	Bauhilfsarbeiter	Bauhilfsarbeiter		Bauhilfsarbeiter	Bauhilfsarbeiter	Bauhilfsarbeiter	Bauhilfsarbeiter	Bauhilfsarbeiter												
Königsberg	7	15795	4181	3	141	54	108	90	115	8	5	251	—	—	20	23	10	—	92	13	—	16	3531	23	1204	30	8	10275	64,6	62,5			
Danzig	1	3693	783	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Stettin	61	15293	5018	17	37	25	40	105	89	14	11	143	—	—	29	13	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Breslau	41	38029	11173	37	283	106	47	173	63	47	162	381	89	169	188	62	35	6	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Berlin	60	51851	16009	50	166	384	294	421	1155	400	201	488	11	26	139	189	57	24	299	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Magdeburg	42	28110	11388	13	81	22	19	263	58	109	34	156	104	—	23	36	77	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Erfurt	34	18810	9166	49	112	69	15	145	126	192	12	93	2	—	15	26	32	2	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Frankfurt	17	31092	11853	53	138	270	237	429	903	92	1	24	5	2	165	71	32	19	17	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Köln	12	16459	4299	49	130	267	381	466	1408	63	—	25	3	—	220	75	33	290	95	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Dortmund	13	17350	5582	107	138	160	243	459	614	3	4	30	—	—	1	201	218	11	55	74	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Hannover	39	23100	10659	35	143	86	61	421	158	62	7	45	5	83	6	55	48	13	83	57	4	10	4	421	4	874	6	4	513	1	17913	63,3	
Bremen	31	14163	4674	20	84	53	265	196	67	22	4	14	2	—	3	45	47	4	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Hamburg	45	31089	8456	58	91	345	392	210	416	104	10	106	1	—	3	196	122	37	142	51	66	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Hofstadt	60	8407	2379	6	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Bresden	31	60245	21050	39	361	326	145	639	269	453	319	544	24	—	83	115	101	81	14	97	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Nürnberg	29	16441	4205	68	36	33	33	75	667	25	177	38	—	—	2	30	66	20	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
München	27	12063	3292	7	61	39	34	66	150	39	4	104	1	6	10	58	22	10	4	24	3	7	3928	24	3	120	7	10	2	148	—		
Stuttgart	14	8588	2177	20	19	109	31	23	126	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Karlsruhe	10	1444	5147	66	132	127	97	32	950	47	21	11	55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Zusammen	574	430174	141446	695	2171	2576	2441	4328	8523	1776	982	2436	293	291	560	1847	1147	319	935	749	79	81	90209	1110	16508	389	34	100	1169	2265	97	282601	67,32
Verbleibende	575	431254	141385	700	2148	2424	2442	4352	8334	1613	976	2685	210	340	561	1860	1151	206	906	772	79	83	89358	1086	16621	348	31	91	1163	6041	96	288252	—



Unterhaltung und Wissen



Der Weg ins Leben.

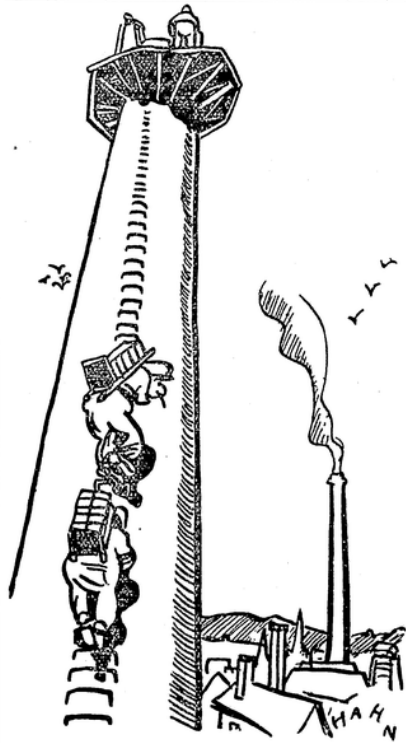
Von den Rufen kannte man bisher nur den stummen Film. Jetzt haben sie einen Tonfilm gedreht, ihren ersten, wenigstens den ersten, den sie nach Deutschland schickten, betitelt „Der Weg ins Leben“. „Potemkin“ und „Sturm über Astan“ rufen uns mit. Der erste russische Tonfilm ebenfalls. Sein Vorteil gegenüber dem Tonfilm ist, daß man mit den Tönen nicht sehr gepart hat. Aber dafür ist die Photographie vorzüglich. Das Beste ist die Handlung, die den Tönen an Menschen und an Menschenbildung wieder erstehen läßt. — Russland hat in den ersten Jahren nach der Revolution Hungernöte gehabt. Viele Menschen starben, viele trieben sich in den Städten herum, lutzten herum und stahlen. Es gab verwaiste Kinder, viele Halbwitwen, die obdachlos waren, Räuberbanden bildeten und gegen die man machtlos war, weil man ihnen weder Arbeit noch Brot zu geben vermochte. Die Verwaisteten sind ein sehr schwieriges Problem für die Behörden und für die mit der Jugendfürsorge betrauten Personen. Man macht Rajziken, greift Kinder auf, steckt sie in Erziehungshäuser, beschäftigt sie; hatte aber keinen Erfolg damit, weil das freie, ungebundene Leben und Umherstreifen angenehmer war. Da wagte man ein Experiment. Ein Lehrer, Verwaisteter — 11 Mann — wurden nicht in die übliche Juuag-erziehung gesteckt, sondern bekamen die Freiheit, sich für eine Arbeit in einer Werkstätte, weit von der Stadt entfernt, freiwillig zur Verfügung zu halten. Sie stimmten zu, zunächst noch mit der stillen Absicht, unterwegs beim Transport auszukneifen. Der Bewachung glaubten sie auf einer Wahnfahrt schon ein Schnippen zu schlagen. Dann kommt die erste Ueberraschung: Auf der Fahrt haben sie keine Bewachung. Lediglich der Leiter geht mit, läßt ihnen aber so viele Freiheiten, daß jeder duzendmal abhauen könnte. Das Wunder geschah, niemand kniff aus. Und dann kommen sie in das zur Werkstätte anzuhaltende Kloster, 50 Kilometer entfernt von der nächsten Wohnstation. Sie richten das Kloster zur Arbeitsstätte ein, lernen arbeiten, wissen nützliche Gegenstände zu formen, haben Rücksicht in ihre Ungeduldigkeit, schlagen auch einmal alles kurz und klein, aber immer wieder steigt die Freiheit, die ihnen gegeben ist und die sie stärker bindet als aller Zwang staatlicher oder elterlicher Erziehungsmaßnahmen. Schier unbegrenzt steigt die Arbeitsfreude, als die Werkstätte den Auftrag vom Staat erhält, eine Eisenbahnlinie auszubauen. Da steht jeder seinen Ehrgeiz daran, mitzumun, und das Beste für die Arbeit zu leisten. Es erwachsen auch dann noch Schwierigkeiten. Aus der Stadt kommen Bekannte vom „alten Schläge“, die ihre ehemaligen Gefährten von der Arbeit abziehen wollen. Die schlechten Elemente gewinnen auch Einfluß. Aber dann steigt doch die Arbeit und der Wille, sich der erworbenen Freiheit würdig zu zeigen. Das Werk gelingt. — Das schildert der Film einfach und schlicht, so verständlich und doch einprägnant, daß man nicht umhin kann, zu fragen: Wie würden deutsche Erzieher das angepaßt haben. Gewiß haben wir auch bei uns neuzeitliche Erziehungsmethoden. Haben wir aber den Mut, in aller Öffentlichkeit hierfür eine ganze zu brechen? Haben wir den Mut, außer einigen Broschüren, die geschrieben und einigen Reden, die gehalten werden, zu jeder Zeit neuzeitliche Erziehungsmethoden in die Praxis umzusetzen? Haben wir in unseren Jugendorganisationen nicht auch das Erziehungsproblem von der Seite des Zwanges her angefaßt und die Freiheit, die den Menschen besser bindet, als Zwang, als Erziehungsmitel außer acht gelassen? Gewahren wir nicht Freiheiten in der Erziehung, wo eine starke Hand vorhanden ist und beschränken wir nicht die Freiheit, wo sie unumgänglich nötig wäre? Wir tun das in der Familie, wir tun das in unserer Bewegung, wir tun es im täglichen Leben. Wir tun es leider recht oft. — Der Tonfilm stimmt nachdenklich in dieser Frage. Er zeigt die Lösung in einem Falle und er stimmt hoffnungsvoll. Er zeigt aber auch deutlich, wie viel von dem Erzieher, von dem Willen der Menschen abhängt. Auch die Rufen werden duzend- und hundertfach ihre Schwierigkeiten haben. Auch wir haben sie, vielleicht haben wir sie mehr als andere, weil wir in Erziehungsfragen Zwang bei uns wissen wollen, weil wir nicht die Freiheit vertragen können. Sorgen wir darum daffir, daß die junge Generation in Freiheit aufwächst. Sie ist für die Jugend die stärkste innerliche Bindung, erziehen wir sie zu freiheitlichem selbständigem Denken und Handeln.

Das Unglück der Vogelfamilie.

Von Hermann Hill.

Wir sollten unsere Aufmerksamkeit mehr den Tieren, besonders den Vögeln zuwenden; denn Tiere sind dankbarer als Menschen und können einem grobe Frende bereiten. Ich fand ein Nest mit vier jungen Vögeln, das der Bewittertum von einem hohen Baum heruntergeschlagen hatte. Drei der jungen Tieren waren tot, ihre Mütter zerstückelt und ihre Körperchen in Luft gebadet. Das Ueberlebende schrie herzzerreißend. Die Mütter waren nirgends zu sehen. Viele Leute gingen gleichgültig vorüber, sehen das Nest nicht oder war es nicht sehen. Behufsam hob ich es auf, begab die drei toten Tieren, die noch nichts vom Leben gehabt hatten, und nahm das lebende mit nach Hause. Es war noch ganz nackt. Nur auf dem Köpfchen hatte es einige zarte Flaumfederchen. Im Verhältnis zu seinem kleinen Körper war sein gebilchweis gerändertes Schnäbelchen ziemlich groß, desgleichen die Beine. Meine ornithologischen Kenntnisse ließen mich hier im Stich, ich konnte mit dem besten Willen nicht feststellen, um was für einen Vogel es sich handelte. Schließlich blieb ich dies auch vorläufig gleich, ich nahm an, es sei eine Amsel und bereitete dem elterlosen schreienden Kerlchen ein dieser Vogelart entsprechendes Futter. Mit einem dünnen Hölzchen stopfte ich ihm vorsichtig ein Häppchen um das andere in das sperrende Schnäbelchen. Wieviel schlang es sie hinunter, bis

es satt war. Aller zwei Stunden wiederholte ich diese Fütterung, die einen ganz besonderen Reiz für mich hatte. Bald stellte ich dabei fest, daß ich so den kleinen Vögeln über seine Kindheit hindurchbringen würde. Ich ließ es ihm an nichts fehlen. Selbst sein großes Nest säuberte ich täglich mehrere Male. Auch zu trinken gab ich ihm. Vorsichtig hielt ich sein Schnäbelchen an den tropfenden Wasserhahn. Nach einigen Tagen stellte ich den Erfolg meiner sorgfältigen Pflege und Ernährungsweise fest. Mein kleiner Nestbewohner hatte inzwischen eine ganze Anzahl Federn bekommen und war kugelrund geworden. Selbst er mich sah, machte er sich durch aufgeregtes Gekiepe bemerkbar und kam schließlich munter herangehuscht, setzte sich auf meinen Schuh und sperrte lärmend sein Schnäbelchen auf zum Zeichen, daß er jetzt wieder Appetit habe und sein kleiner Magen wieder eine Zufuhr vertragen könne. So vergingen wieder einige Tage. Sein Federkleid und sein „Gefang“: „Schlip! Schlip!“ gingen bereits der Vollendung entgegen und vertieten mir zu meinem Ergötzen, daß mein lustiger Pflegling ein ganz gewöhnlicher weltlicher Straßenpöbel sei. Sicherheitshalber beschauete ich ihn noch einmal von allen Seiten, kein Irrtum: ich hatte einen Spähen großgepöppelt. Aber ich



— und da sagen die Leute, wir Dauerarbeiter hätten keine Anstiegschancen!

freute mich trotzdem, denn auch ein Spaß ist ein Vogel, den die Natur zur Freude des Menschen geschaffen hat. Was kann er schon dafür, wenn ihm kein besonnderer Gesang gegeben ist? Sein munteres „Schlip! Schlip!“, das das ganze Jahr hindurch nicht verstummt, stimmt den Menschen in der Steinwüste der Großstadt ebenso froh wie der Gesang eines anderen Vogels draußen im Walde. Wieviel Freude und Unterhaltung haben Spähen gefangenen und kranken Menschen schon gebracht! Es muß nicht immer gleich eine Nachtigall oder eine Drossel sein! Jedenfalls bereitete mir der kleine graue Schreihals viel Freude. Während ich bei der Arbeit war, sah er meist auf meinem Schuh, und wenn ich mein Zimmer verließ, begleitete er mich bis zur Wohnungstür, ja er hüpfte sogar oft mit hinaus auf die Straße, ohne jedoch wegzufliegen. Er bastete gar nicht daran, sein Leben zu verändern, hinaus in die goldene Freiheit zu fliehen. Selten habe ich in meinem Leben eine solche Treue und Anhänglichkeit, wie sie dieses Vögelchen besaß, kennengelernt. Ueberall mußte es dabei sein. Wenn ich mein Essen einnahm, sah es neben meinem Teller und futterte mit. Selbst beim Rastieren leistete es mir Gesellschaft, sah es stillend auf meinem Kopfe und sah im Spiegel mit zu, wie ich mich von den Warthaaren befreite. Morgens erlegte es mir den besten Wecker. Steht um dieselbe Zeit fog es auf meinem Kopf und schlopfte so lange, bis ich aufwachte. Es war mein treuer Freund.

Rundfunkhörer!
Tretet dem Arbeiter-Radiobund bei!

Was war Edison der Menschheit?

Der erfolgreichste Erfinder aller Zeiten, Thomas Alva Edison, ist am 18. Oktober im Alter von 84 Jahren gestorben. Damit hat einer der stillen und dennoch bedeutungsvollen Wohltäter der Menschheit seine Augen für immer geschlossen. Edison ist einer der wenigen großen Menschen, die schon bei Lebzeiten in allen Erdteilen berühmt geworden sind. Er hat seine Erfindungen zu erdumspannenden Erfolgen sich entwickeln lassen. Unter den annähernd 1000 Erfindungen, die dieser Mensch in seinem Laboratorium ausgearbeitet hat, sind einige, die erst den Rufstand der Menschheit von heute ermöglicht haben. Er war ein Meister der Technik wie selten einer vor und nach seinem Tode. Und wenn der Vorstoß des Schriftstellers Emil Zola zur Anwendung kommt, als Ehreng für Edison auf der ganzen Welt eine Minute das elektrische Licht anzuschalten, so wäre dies die beste Ehreng für diese außerordentlichen Leistungen. Edison wurde geboren als der Sohn eines holländischen Müllers. Er war schon von Kindheit an auf sich selbst angewiesen. Seine Mutter war eine Schottin, die den Verdegang des Jungen stark beeinflußt hat. Er war schon früh berufstätig und begann schon mit 10 Jahren in einem privaten Laboratorium an der Lösung technischer Probleme zu arbeiten. Neben seinen Erfindungen auf dem Gebiete der Telegraphie hat er vor allem zwei große Erfindungen gemacht: die Glühlampe und den Phonographen. Zwar haben auch andere an der Erfindung der Glühlampe gearbeitet, aber sie vor jetzt 52 Jahren zur industriellen Massenherzeugung vorbereitet zu haben, ist Edisons Verdienst. Und wenn heute der Erdball von der menschlichen Stimme umspannt werden kann, wenn der Tonfilm und die Sprechmaschine so außerordentliche Fortschritte gemacht haben, so haben wir dies dem Manne zu verdanken, der am 18. Oktober zur großen Arme übergegangen ist.

Der Name Edison war ein Begriff. Und wenn heute die Vereinigten Staaten das erste Anstufieland der Welt sind, so hat Edison hierfür zu einem großen Teil die Vorbedingungen geliefert. Auch deutsche Unternehmer, wie Rathenau, Bergmann und Schuckert, haben mit Edison zusammengearbeitet und Anregungen von ihm empfangen. Sie haben, zurückgekehrt in die Heimat, die Erfindungen Edisons industriell auszumuntern versucht.

Edison ist als Erfinder gestorben. Er war nie Unternehmer, er hat anderen die industrielle Ausbeutung seiner Erfindungen überlassen. Sein Freund Henry Ford, der seine Erfindungen in einem Museum der Zukunft übermiffelt hat, sagte von ihm, daß er nie ein Drahtkünstler des Geldes gewesen sei. Von finanziellen Dingen und den Methoden eines Unternehmers verstand er sehr wenig. Nach seiner Anschauung sollte Erfinden Dienst an der Menschheit sein. Die ganze Menschheit sollte dadurch nicht nur glücklicher, sondern auch auf eine höhere kulturelle Stufe gehoben werden. Deshalb kann dieser eigenartige Mensch auch in den Herzen der Arbeitererschaft aller Länder fortleben. Er hat mit dazu beigetragen, daß das Brot schneller wächst, als die Menschen und die Menschheit wahrhaft glücklich sein könnte, wenn sie sich von jener Tyrannei befreien würde, wonach der Ueberfluß an menschlichen Gütern seine eigenen Schöpfer verarmen läßt!

— Sie mach's, wie sie's mag.

In L. in Niederbayern wollte eine Herrschaft für den Mittagstisch blau abgeflossene Karpen haben. Die Köchin wird von der „Gnädigen“ entsprechend instruiert. Als diese nach etwa einer Stunde wieder die Küche betrat, um Nachschau zu halten, mußte sie zu ihrem Entsetzen sehen, wie sämtliche Fische sit und fertig mit Ei und Sobel zum Backen vorbereitet waren. Auf den Vorfall, warum die Fische nicht, wie befohlen, blau geflossen wurden, entgegnete die Köchin: „Ja, a so mag's halt!“

„Die Arbeit“.

Es liegt ein dauernder Uebel, selbst etwas Heiliges in der Arbeit. Arbeit ist Leben. Aus dem inneren Herzen des Arbeiters steigt seine Kraft, die Lebensessenz. Ehrwürdig ist mit die harte, verkrümmte, rauhe Hand, worin nichtsdestoweniger eine unaussprechlich königliche Majestät liegt, denn sie führt das Zepter dieses Planeten. Ehrwürdig ist auch das rauhe, verwitterte, beschmutzte Antlitz mit seiner schlichten Intelligenz, denn es ist das Gesicht eines Menschen, der lebt, wie ein Mensch leben muß.

Aug. Buchmann

Schönjunktur im Umtausen.

Im „Samburger Fremdenblatt“ Nr. 281 vom 10. Oktober 1931 annouciert ein Parrer:

Sfractien
können in der evangelischen Religion unentgeltlichen Privatunterricht erhalten von Pastor Dr. H. Fr. a. d. Schifferkampstraße 32, u. D. R. J. e. r., Wis- markstraße 30.

Der Stillsteg bei den Samburger Wäshen scheint merkwürdige Erfolge zu zeitigen. Aber nach einem affen Sprichwort bleibt ein Hering immer ein Hering, auch wenn er gewässert wird.

Ist das ein Wirtschaftsbeirat?

Die Reichsregierung hat einen Wirtschaftsbeirat ernannt, dem sie eine besondere Autorität dadurch verliehen hat, daß sie den Reichspräsidenten veranlaßte, den Vorsitz zu übernehmen. Zu Mitgliedern des Wirtschaftsbeirats sind von der Reichsregierung auch Vertreter der Gewerkschaften ernannt worden. Aber die Zahl ihrer Vertreter entspricht nicht der Reichsvertretung zugrundeliegenden Parität. Sechs Arbeiter- und Angestelltenvertreter stehen nicht weniger als 19 Vertretern der Unternehmer gegenüber! Sie gehören überwiegend der Großindustrie und Großlandwirtschaft an. Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gehören Peter Graumann und Willi Eggert dem Wirtschaftsbeirat an. Das Mißverhältnis in der Besetzung ist um so bedauerlicher, als der Wirtschaftsbeirat auch wichtige Fragen des Arbeitsverhältnisses behandeln soll. Allgemein soll er der Reichsregierung mit Vorschlägen zur Seite stehen. Wie man aus dem Namen wirtschaftliche Fragen von grundsätzlicher Bedeutung lösen. Aber auch in dieser Hinsicht ist es bemerkenswert, daß aus der großen Reihe wirklich sachverständiger Leute kein einziger von den bekannten Wirtschaftskennern — wir denken dabei nicht etwa an die Wirtschaftsleiter — in diesen Beirat berufen worden ist. Statt dessen sitzen dort Leute, von denen bisher niemand etwas vernommen hat. Sicherer Bäckermeister und — allerdings! — Großgrundbesitzer sitzen neben ebenso biederen Handwerksmeistern; die große Sachkenntnis aber fehlt. Zwar sind die Banken durch zwei Männer vertreten, die Großindustrie durch acht, das Handwerk durch drei, der Großgrundbesitz durch zwei, die bäuerliche Wirtschaft durch einen Mann, die Privatversicherung und der Handel durch drei Männer. Diesen 19 Männern stehen also ganze 6 Arbeiter- und Angestelltenvertreter gegenüber.

Schon heute wird versucht, im Wirtschaftsbeirat Aufgaben zu lösen, die man beim Reichstag nicht anbringen konnte. Darüber bringt die „Kölnische Zeitung“ wichtige Mitteilungen. Demnach will man von hinten herum versuchen, den Beschluß des Reichstages, der das Tarifrecht schützt, zu torpedieren. Zunächst will man nach dem Muster der berühmten Geheimdiplomatie den Mitgliedern des Beirats freigestellte Versammlung zur Pflicht machen. Dies ist beabsichtigt, weil die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats ihren Schwerpunkt in den Fragen erreichen werden, in denen über zahlreiche Tarifverträge und damit über die Arbeitsbedingungen mehrerer Millionen deutscher Arbeiter und Angestellten die Entscheidung fällt. Die erzielten Ergebnisse sollen „sofort in praktische Tarifverträge eingebaut werden“. Fehlt es an Verhandlungsbereitschaft, „so werden sich aus den Beratungen des Beirats Schwierigkeiten für die Tarifverhandlungen und umgekehrt aus den Gegenseitigen in den Tarifverhandlungen Hindernisse für eine Einigung im Beirat ergeben.“ — Die Unternehmer wollen dagegen verhindern, daß im Wirtschaftsbeirat über die Erhöhung der Kartellmacht und Senkung der Preise geredet wird. Sie wollen also mit allen Mitteln versuchen, aus diesem Beirat ein Instrument zur Ausschöpfung des Tarifrechts und zum weiteren Lohnabbau zu machen. Beabsichtigt ist, die Verhandlungen so schnell als möglich zu beenden, angeblich weil — so droht die „Kölnische Zeitung“ —, andernfalls das Kabinett Brünning in Zeitbedrängnis gerät und entweder ohne ein Gutachten des Beirats handeln muß oder aber beauftragt Gefahr läuft, daß die schließlich zustande gekommenen Beschlüsse eine gefährliche Entwicklung nicht aufhalten können.

Nach Ansicht der Unternehmer soll also möglichst nur über sozialpolitische Fragen im Sinne der Rückwärtsentwicklung gesprochen werden; nicht aber über eigentlich wirtschaftliche Fragen; nicht darüber, wie man das Wirtschaftsleben wieder in normale Bahnen lenkt, nicht darüber, wie man etwa die Produktion wieder belebt, nicht darüber, wie man die Folgen der Kapitalfehllage repariert und das Kapital wieder richtig leitet, auch nicht darüber, wie man den Opfern der Krise und den Opfern der Wirtschaftsführung, die ihr Brot verloren haben, wieder Brot im weitesten Sinne des Wortes gibt. Man will lediglich versuchen, das, was die „Nationale Opposition“ im Reichstag nicht erreicht hat; was trotz erheblicher Mittel der Schwerindustrie Hitler mit seiner sozialfeindlichen Fremdenlegion nicht erreichen konnte, nun auf Umwegen wenigstens zu einem Teil erreichen. Die Gewerkschaften werden diese Dinge mit offenen Augen betrachten, sie werden alle Mittel anwenden, um die Stimme des werktätigen Volkes auch in diesem Wirtschaftsbeirat mit gehörigem Nachdruck zur Geltung zu bringen. Die deutsche Arbeiterschaft aber möge auch aus diesen Bestrebungen erfahren, wohin politische Gleichgültigkeit gegenüber den Dingen und den Organisationen führen, die die menschlichen Interessen der Werktätigen zu vertreten haben. Es ist Zeit, nicht nur den Hitler-„Sozialisten“, sondern auch der KPD, und allen anderen Bestrebungen, die die gewerkschaftliche Einheitsfront erschüttern wollen, überall eine energische und unüberwindliche Abgabe zu erteilen!

Die Versuche, im Wirtschaftsbeirat unmissbar in die Lohnpolitik einzugreifen, hat sofort die Spitzenverbände der drei großen Gewerkschaftsorganisationen auf den Plan gerufen. Sie erteilen folgende

gemeinsame Kundgebung:

In der „Kölnischen Zeitung“ und auch in anderen Blättern befinden sich Mitteilungen über den voraussichtlichen Inhalt der bevorstehenden Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung, die, falls sie auch nur annähernd zutrafen, nach einmütiger Ansicht der gewerkschaftlichen Spitzenverbände die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats ernstlich gefährden könnten. Die Gewerkschaften weisen darauf hin, daß ihre Mitwirkung an solchen Verhandlungen von der Voraussetzung ausgeht, daß Zweck und Aufgabe der Beiratsarbeiten des Wirtschaftsbeirats auf den Inhalt der letzten Regierungserklärung im Reichstag beschränkt bleiben müssen.

Wohnungsbau und Notverordnung.

In der „Wohnungs-Wirtschaft“, dem Fachorgan der Demog, finden wir in Heft 20 eine eingehende Darstellung der finanziellen Auswirkungen der letzten Notverordnung auf den Wohnungsbau. Eine Bilanz der Notverordnungen vom 1. Dezember 1930, 5. Juni und 6. Oktober 1931 zeigt, daß der Wohnungsbau verloren hat und verlieren wird:

Table with financial data for 1930/31 and 1931/32, including revenue and expenses in millions of marks.

Da 1929/30 noch 80 Millionen verfügbar waren, bedeutet dieser Betrag eine Einbuße um nicht weniger als 47 bis 48%. Der Hausbesitz vereinnahmt 530 bis 625 Millionen mehr. Diese Zahlen bedeuten in diesem Rechnungsjahr: 770-1200 Mill. M. Umschlagfall für 80-130 Mill. M. das Baugewerbe. ...

Kalender 1932. Bundesmitglieder! Fordert jetzt von eurem Baugewerkschaftsvorstand den Bundeskalender! Ihr erhaltet ihn zum Preise von 50 Pfennig! Werbt auch unter den Arbeitskollegen Abnehmer! Der Kalender ist ein gutes Nachschlagebuch für die Organisations- und Werbearbeit!

Table showing rent and income percentages for tenants. Columns include rent amount and percentage of income.

Über 22% der Mieter müssen 7/8 bis 1/2 des Einkommens, über 10% mehr als die Hälfte für Miete ausgeben! Vom Reichsarbeitsministerium werden Hilfsmaßnahmen gefordert, durch Verzicht auf Verzinsung und Tilgung der Hauszinsrentenposten, durch Erhaltung der Hauszinsrentenmittel für die Bau- und Wohnungswirtschaft, durch Räumungsschutz um den Mietern und damit den leitenden Baugenossenschaften zu helfen.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt ist das Alsbuchgeschäft von August Erich, Bauhilfs-Dynamitfabrik bei Oeschbach, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug.

Töpfer: Gesperrt sind: In Grimmschau die Firma Heringer, in Halle/E. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Driegelsche Gustav Neumann, Gustav Hönke und Behme. In Schleswig-Holstein streiken die Ofenleger.

Aus den Baugewerkschaften

Breslau. (August Jänische 60 Jahre!) Am 23. Oktober vollendete unser Finanzminister das 60. Lebensjahr. Wer ist August Jänische? So ein richtiger, verkalkter und verkorneter Gewerkschaftsboss! Das wäre so die Besart der sogenannten „Kulturbläse“. Aber August ist froh seiner 60 Jahre ebenso wenig verkalkt wie die anderen alle, die die Arbeiterbewegung in ihren Anfängen vorwärtsgetrieben haben. Mit unserem kürzlich verstorbenen Heinrich Köster, mit Karl Krafch, Hermann John und wenigen anderen gehörte er schon zu Anfang der 90er Jahre zu den unermüdlichen Aposteln der silesischen Bauarbeiter und namentlich der Maurer, aus welchem Beruf er hervorging. Seine Mauerkeule steckte in vielen Kalksteinen, bei vielen Unternehmern. Auch als Politiker hat sich August versucht. Er hatte jedoch nie eine heilbare Stimme. Er konnte das Er- und Mehr nicht halten; er mußte agilitieren. Seit 1913 angeheilt, sammelt er als Kassierer unserer Baugewerkschaft schon viele Jahre Geld für die Organisation. Das Geld fließt spärlich. Die Kollegen sind arbeitslos. Das wird auch niederdrückend auf August Jänische. Drückt er schon immer den Daumen fest auf den Beutel, so hütel er heute er recht den Organisationsdahl für die Zeit, wo die frei organisierten Bauarbeiter wieder die gezwungen seiernden Hände rühren werden für die Kulturbauteure unserer Zeit im praktischen und idealen Sinn. Es sei August Jänische deshalb zu seinem 60. Weigenfeste die alte Fische und trotz des jetzt stilleren Wirkens als Kassierer weit über die 60 hinaus sein Idealismus und sein Temperament gewünscht! Mabeurg. (25 Jahre Bezirkskassierer.) Seit 1906 ist unser Kollege Karl Döring als Beitrags-

kassierer und „Grundstein“-Vertreter im Bezirk Neustadt unserer Baugewerkschaft ein treuer und fleißiger Helfer bei der Organisationsarbeit. Schwere Schicksalsschläge haben ihn in seiner Familie heimgeführt. Dennoch hat er in all den Jahren mit Lust und Liebe sein Amt versehen, hat er auch sonst gern und willig mitgearbeitet. Ein Muster an Pünktlichkeit und Pflichtbewußtheit, hat seine strenge Sachlichkeit ihm aufrichtige Freundschaft und Vertrauen der Mitglieder gesichert. In dem Gedenken unseres Bundes findet er Dank und Anerkennung für seine verdienstvolle Mitarbeit.

Worbaußen. (3 a t e n k o n t r o l l e.) Die Fähigkeit unserer Kommission war in den letzten Jahren erloschen. Diesmal waren die Mitstände, soweit sie gegen die Unfallversicherungsbedingungen vertriehen, nicht so erheblich. Die Unternehmer haben zum großen Teil transportable Bauhütten und Aborte zur Verfügung gestellt, die auch den hygienischen Anforderungen vollständig entsprechen. Jedoch die Außenrüttung für Dachdecker, Klempner und Zimmerleute entsprach nicht immer den Vorschriften. Es wäre zu wünschen, daß hier die Kollegen selbst etwas mehr Energie aufbrachten. Im Tiefbau lagen größere Mängel nicht vor; bei den vorhandenen 4000 Metern Zinkblech nicht zu machen. Die Zinkblechbestände sind hier aus transportablen Wagen. Bei den Materialgeräten müssen nach der neuesten Vorchrift die Geräte mit doppelten Räderlöchern in Höhe von 0,75 bis 1,25 Meter versehen sein; dem war nur zum Teil entsprochen. In den meisten Fällen fehlten auch Walzgerät, Sanduhr und Geiß, was für den Materialerwerb besondere Bedeutung hat. — Kontrolliert wurden 22 Neubauten 5 An- und Umbauten und 2 Straßenaubauten mit insgesamt 475 Beschäftigten. Die Betriebsvertretung fehlte in 19 Fällen.

Aus den Fachgruppen

Stukkateure und Anker. Lehrgänge für Gipser und Stukkateure. Das Landesgewerbeamt Stuttgart beschließt, bei genügender Beteiligung in Stuttgart im Dezember 1931 und im Januar 1932 zwei wöchentliche Lehrgänge für Gipser und Stukkateure zu veranstalten. Der Unterricht wird an den Werktagen vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 6 Uhr erteilt. In den Samstagvormittagen fällt der Unterricht aus. Zugelassen zu den Lehrgängen werden Meister und Gehilfen des Gipser- und Stukkateur-Gewerbes. Gehilfen haben die bestandene Gesellenprüfung und mindestens 3 Jahre praktische Tätigkeit als Geselle nachzuweisen. Für die Teilnahme an den Lehrgängen wird ein Unterrichtsgeld erhoben; es beträgt für den theoretischen Teil, der eine Woche währt, 12 M.; für den praktischen Teil, der 8 Wochen währt, 35 M. Zugewandt müssen die Teilnehmer an praktischen Teil des Lehrganges für Materialbeschaffung etwa 6 M. entrichten. Im Falle besonderer Bedürftigkeit kann einzelnen Teilnehmern das Unterrichtsgeld ganz oder teilweise erlassen werden. Anmeldungen zu den Lehrgängen sind unter Angabe über die Dauer der gewerblichen Tätigkeit, die im Handwerk abgelegten Prüfungen und den Schulbesuch für den Dezember-Lehrgang bis 20. November, für den Januar-Lehrgang bis 20. Dezember an das Sekretariat des Landesgewerbeamts in Stuttgart, Kanzelestr. 19 II einzureichen. Von dort können auch die Anmeldevordrucke bezogen werden.

Politische Zeitnotizen

Groener und der Terror. Reichswehrminister Groener äußerte sich über seine Absichten, die ihn bei der Übernahme des Reichsministeriums des Innern leiteten, dahingehend: „Die Vereinigung wichtiger staatlicher Machtmittel des Reiches in einer Hand ist heute mehr als zuvor eine Notwendigkeit, die wir zur Verklärung und Veredelung der Autorität des Staates und zur Erfüllung der schwersten Aufgaben des Winters brauchen. Ebenso wie ich als Reichswehrminister gegen jeden Versuch einer Politisierung der Wehrmacht gekämpft habe, werde ich als Reichsinnenminister dafür sorgen, daß die personelle Verbindung mit einem Ressort, das vornehmlich politische Aufgaben zu erfüllen hat, an der überparteilichen Linie der Reichswehr nichts verändert. Je stärker die politischen Spannungen im Innern werden, je weiter die Spaltung des Volkes in zwei Lager betrieben wird, desto wichtiger sind die Aufgaben der Staatsführung, alle aufbauwilligen Kräfte zu positiver Mitarbeit heranzuziehen. Unsere Ehre erfordert die Bekämpfung von Verleumdungen, durch Denunziation und böswillige Diffamierung des Ansehens des deutschen Volkes herabzusetzen, und die Bekämpfung einer politischen Kampfesweise, die sich in gemeiner Hege und Verunglimpfung der Einrichtungen des Staates und seiner führenden Persönlichkeiten erschöpft. Das Ansehen des Reiches erfordert, daß Terrorakte gegen politische Gegner und blutige Auseinandersetzungen von Volksgenossen untereinander unmöglich gemacht werden. Ich werde mich nicht scheuen, zur Erfüllung dieser Aufgaben im Notfalle drakonische Ausnahmebestimmungen vom Reichspräsidenten zu erbitten. In diesem Bestreben lege ich die Bekämpfung politischer Ausstellungen erlassenen Verordnungen handhaben. Es wird meine Aufgabe sein, die gerechte Anwendung der Bestimmungen herbeizuführen.“ — Wir sind der Meinung, daß es weniger darauf ankommt, drakonische Bestimmungen, die nach jählich, demokratischer Auffassung alle Parteien gleichmäßig treffen sollen, zu erlassen, als mit allen Mitteln die demokratischen Rechte der wirklichen Staatsbürger zu sichern. Der Minister zweier Vemter, Herr Groener, der darauf stolz ist, daß er die „Politisierung“ der Reichswehr verhindert hat, wird besser fahren, wenn er nicht erst Verleumdungen unternimmt, auch das öffentliche Leben zu „entpolitisieren.“ Ein solcher Versuch wäre die Verdrängung der an anderer Stelle gemeindeten Absichten, ein allgemeines Demonstrations- und ein allgemeines Unformverbot auch für die republikanischen Verbände zu erlassen. Das öffentliche Leben ist politisch und muß politisch sein. Aufgabe der Reichsregierung und ihrer Minister ist, dafür zu sorgen, daß sich gesunde politische Gedanken Bahn brechen, daß besonders republikanisch gesinnte Verbände und Parteien nicht durch destruktive Elemente behindert oder sogar bedroht werden, wie dies in Braunshweig möglich ist, wo Hitler Bürgerkriegs-Spiele veranstalten kann.

Preußenregierung Braun trübt Eugenberger-Hilfer. Der Preußische Landtag hat in einer fast unübersehbaren Reihe von Abstimmungen die vollstetigste Haufe mit sich verbunden, zum Teil sehr starken Mehrheiten die Ministeranträge der Kommunisten und Deutschnationalen gegen die Gesamtregierung und gegen einige Minister abgelehnt. Das allgemeine Ministervertrauen gegen die Regierung Braun vereinigte nur 195 Stimmen der gesamten Opposition auf sich, während die Regierungsparteien dagegen 225 Stimmen aufbrachten. Ebenso verfielen Anträge auf Amtsenthebung des Reichsministerpräsidenten Brüning und anderer Exekutivbeamten der Ablehnung. Wegen die Anträge stimmten auch die Wirtschaftsparteien und die Deutsche Volkspartei. Letztere mit der ausdrücklichen Begründung, daß sie diese Anträge verfassungswidrig und beamtensrechtlich für unzulässig halte. — Besonders groß war die Reichsministermehrheit bei dem Ministerantrag gegen Minister Severing, der mit 226 gegen 176 Stimmen abgelehnt wurde. Der kommunistische Ministerantrag gegen den Kultusminister Dr. Grimm wurde mit 223 Stimmen der Regierungsparteien gegen 192 Stimmen der Rechts- und Linksopposition abgelehnt.

Keine Preußenwahl? Anlässlich der Beratung des Haushalts im Preußischen Landtag äußerte sich der Innenminister Severing über die in nächsten Frühjahr fälligen Wahlen zum Preußischen Landtag: „Ein vorzeitiger Wahlkampf würde zu schiefen Auseinandersetzungen und schwerem Zusammenstoß führen. Es wäre in einigen Wochen ein Wahlkampf (Sturz von rechts). Er wird kommen. Ich sage Ihnen, er wird nicht kommen, weil der Landtag viel zu verständig sein wird. Wir haben Kenntnis von Plänen der extremen Parteien, die es keinesfalls zweckmäßig erscheinen lassen, zu wählen. Ich kann hier mitteilen, daß beabsichtigt war, zu einem großen Schläge auszuholen. Wenn das nicht gelungen ist, so deshalb, weil Gewerkschaften und Polizei auf dem Posten waren. Aber wird nicht ein Kleinkrieg und Guerillakrieg, die Vorposten des Bürgerkriegs, tätig geführt? Die Terrorgruppen sind festzustellen worden. Eine Wahl in dieser Situation würde nicht mit den Mitteln der gegenseitigen Ueberzeugung, sondern mit Jauntaten bis zum Dynamit geführt.“

Minister für Innere und Bürgerkrieg. Die Zahl der Opfer der Bürgerkriegsereignisse in Braunschweig hat sich auf vier erhöht. Anlässlich ist die Anzahl der Verwundeten und die Schuld des braunschweigischen Innenministers Klages so einwandfrei festgestellt worden, daß es verständlich ist, wenn Herr Klages — gegen den Geist gesetzlicher Bestimmungen verstoßend — den Braunschweigischen Volksfreund, der die Wahrheit veröffentlichen wollte, auf die Dauer von 8 Wochen verboten hat. Das ist der selbe Mann, der die Bürger des Braunschweigischen Staates, soweit sie sich zur Sozialdemokratie bekennen, als „marxistischen Rob“ beschimpft. Herr Klages handelt nach dem populären Spruch: „Wer die Wahrheit kennt und sich nicht drückt, der ist...“ Wir glauben kaum, daß er damit weit kommen wird. — Schließlich kann auch ein Minister, selbst wenn er ein Reichspolitiker ist, auf die Dauer nicht verhindern, daß die Wahrheit zum Vorschein kommt, wie er nicht verhindern können, daß schließlich doch die sozialistische Arbeiterbewegung über die größte Revolte der Arbeiter aller Zeiten, über den Nationalsozialismus, siegen wird. — Der Braunschweigische Volksfreund hat gegen das Verbot Beschwerde geführt. Es darf und muß erwartet werden, daß das völlig ungerechtfertigte Klages-Verbot des „Volksfreund“ in den nächsten Tagen aufgehoben wird.

Züringern soll wieder vernazt werden. Seit einiger Zeit sind die Kreise der sogenannten „nationalen Opposition“ bemüht, alle Reichsparteien in Uebereinstimmung mit den Bestrebungen, die auf der Parteitagung Tagung sichtbar wurden, auch in der Länderpolitik zu einem gemeinsamen Vorgehen zu veranlassen. Insbesondere will man in Thüringen die Regierungsgewalt der Nazis für die Dauer wieder herstellen, um auf diese Weise politischen Anschluß an Braunschweig zu gewinnen und der Verwaltung der alten Idee eines von der Reichsopposition beherrschten Mitteldeutschland näherzukommen. In diesem Sinne ist besonders der Stahlsheim tätig. Er hat an alle Reichsparteien ein dementsprechendes Schreiben gerichtet. — Auf andere, nach den gleichen Zielen strebende Art intrigierte kürzlich der altdeutsche Fürst Salm-Horffmar, um das Vertrauen des Reichspräsidenten zum Reichskanzler zu erschüttern. Er hatte kein Glück und wandte sich deshalb in vertraulichen Briefen an Personen, indem er anreize, „dem einflußreichen Herrn, auf den es sehr ankommt“ (Hindenburg), ähnliche Anregungen wie Salm-Horffmar sie vergeblich gemacht hatte, zu unterbreiten.

Gemeinde- und Kreiswahlen in Anhalt. Die Wahlen zu den Gemeindevertretungen und Kreistagen in Anhalt zeigen im Ergebnis die in Deutschland übliche Linie: Anwohner der dramatischeren ländlichen Kreiseparteien rechts noch mehr als links. Der politische Sturmwind ändert nicht nur manches unpolitische Frauenrecht, sondern auch manchen sich politisch denkenden Männerverstand. Die Sozialdemokraten erlitten Stimmenverluste. Jedoch haben sie ihre Mandate durchweg halten können. Die Nationalsozialisten sind auf Kosten der anderen bürgerlichen Parteien meistens an die erste Stelle gerückt. In Dessau, Bernburg und Jerbst wurden die „marxistischen Mehrheiten“ gebrochen. Die Sozialdemokraten erlitten in Dessau 17 893 Stimmen, die Kommunisten 5429, die Nationalsozialisten jedoch 21 149 Stimmen. In Bernburg bekamen die Sozialdemokraten 7877 Stimmen, die Kommunisten 3116, die Nazis 7793. Während dort bisher 15 sozialdemokratische und kommunistische Stadterordnete 15 bürgerlichen gegenüber überstanden, sind nun 10 sozialdemokratische und 4 kommunistische Stadterordnete 15 bürgerlichen gegenüber. In Jerbst erlitten die Sozialdemokraten 3280 Stimmen, die Kommunisten 2029, die Nazis 4628 Stimmen. In Köthen erlitten die Sozialdemokraten 9905, die Kommunisten 1126, die Nazis 8851 Stimmen. Ähnlich ist das Ergebnis der Wahlen zu den Kreistagen. Trotz des Anwachsens der Stimmen des nationalsozialistischen Parteiführers Hitler steht das Wahlergebnis im ganzen genommen nicht danach aus, daß die „nationale Opposition“ schon begonnen hat, die Marxisten aufzutreiben. Vielfach ist nur eine Verschiebung von kommunistischen und sozialdemokratischen Stimmen festzustellen. Im Kreisstag Köthen ist die Wahl der „marxistischen Abgeordneten“ sogar um einen gefallen. Immerhin sollte auch das Wahlergebnis des kleinen Landes Anhalt dem aufgedeckten gewerkschaftlich gefühlten Arbeiter Anstoß sein, mit allen Kräfte für die Stärkung unserer politischen und gewerkschaftlichen Front zu arbeiten!

In Bayern wird nicht vorzeitig gewählt. In Bayern hatten die Nazis beantragt, den Landtag aufzulösen. Diesen Antrag lehnte die Mehrheit des Bayerischen Landtags ab. Sie begründete sich damit, entsprechend dem letzten Urteil des Staatsgerichtshofs die Mandate der 13 sogenannten Landesabgeordneten für ungültig zu erklären. In Bayern wird also nicht vorzeitig gewählt. Die nationalsozialistische Fraktion hat sofort eine neue Klage beim Staatsgerichtshof eingereicht, in der sie beantragt, den Landtagsbeschluß für rechtsunzulässig zu erklären. — Die Nazis wollen eben mit aller Gewalt an die Macht.

Gemeindewahlen in Schaumburg-Lippe. Bei den Gemeindewahlen in Schaumburg-Lippe am 18. Oktober wurden die Bürgerparteien von den Nazis aufgelöst. Die Sozialdemokraten haben ihre frühere Stimmenzahl gehalten, auch noch etwas gesteigert; sie erzielten in Bückeburg 638 Stimmen und 4 Mandate gegenüber 613 Stimmen 1928, in Stadthagen 1911 Stimmen und 10 Mandate gegen 1943 Stimmen 1928. Die Kommunisten erzielten in Bückeburg 173 Stimmen und 1 Mandat, in Stadthagen 682 Stimmen. Die Nazis erzielten in Bückeburg 1919 Stimmen und 6 Mandate, sind also die stärkste Partei, in Stadthagen erzielten sie 1060 Stimmen; hier sind also die Sozialdemokraten die weitaus stärkste Partei.

Deutsche Grundsätzlichkeit. In Verfolg der Braunschweiger Ereignisse beschäftigt man sich im Reichsinnenministerium mit der Frage, was zu tun ist, um derartige Vorkommnisse zu verhindern. Wie die Tagespresse meldete — und es ist unerschöpfend der Materialität der Reichsregierung kein Grund, daran zu zweifeln — beschloß man sich im Reichsinnenministerium mit einem allgemeinen Demonstrations- und Uniformverbot. Deutsche Grundsätzlichkeit Oder was sonst? Statt den Staatsmilitärlichen Bestrebungen der Herren Hitler und Eugenberger die republikanische Regierungsaufsicht zu zeigen, nach dem Lutherwort zu handeln, den Hitler und Eugenbergern nicht aufs Maul, sondern auf die Hände zu schauen, glaubt man die Dinge am besten meistern zu können, indem man ein allgemeines Demonstrationsverbot für alle Parteien erläßt, also den republikanischen Organisations- und Willensmacht nimmt, den Widerkampf gegen Sozialisten und Nationalsozialisten offen und nach außen hin führen zu können. Das ist halt deutsche Grundsätzlichkeit! Nein, das wäre falsch angewandte Demokratie, wofür wir kein Verständnis haben. Wir haben Verständnis nur für die Deklaration Robespierres: In der Republik sind nur die Republikaner Bürger. Fort mit den Eugenbergern; hinweg mit den Nationalsozialisten! — Inzwischen hat Minister Grewer erklären lassen, daß die Nachricht von einem bevorstehenden allgemeinen Demonstrations- und Uniformverbot lediglich Kombination sei. Er habe auf dem Standpunkt, daß die bereits erlassenen Verordnungen der Länder wünschenswerte Sandbänke geben, um Terrorakten und blutigen Auseinandersetzungen wirksam begegnen zu können.

Die Gewerkschaften beim Reichswirtschaftsminister. Der neue Reichswirtschaftsminister, Dr. Warming, empfing am 23. Oktober die Führer der drei gewerkschaftlichen Spitzenverbände. Die freien Gewerkschaften waren vertreten durch ihre Vorsitzenden Lelpart und Eggert, der IFA-Bund durch Stehr und Gehr. Die Gewerkschaftsführer trugen dem Minister ihre Auffassung über die zur Milderung der Wirtschaftskrise notwendigen Maßnahmen vor. Kollege Lelpart unterstrich mit einem Hinweis auf die Aufgaben des neu-gewählten Reichswirtschaftsministers, daß der Konsument als tragender Faktor der Volkswirtschaft nicht länger mißhandelt werden dürfe.

Kommunistisches Sprengstoff-Attentat gegen ein sozialdemokratisches Zeitung. Auf das Geschäftsgebäude des sozialdemokratischen „Kasseler Volksblattes“ wurde von Kommunisten ein Sprengstoff-Attentat verübt. Glücklicherweise kamen keine Menschen zu Schaden.

Kanal in Amerika. Der französische Ministerpräsident legt seine Staatsbesuche fort. Zurzeit ist er in Amerika. Auch dort wird über die Weltwirtschaftslage geredet und nach Auswegen gesucht. Dabei hat es ein pompomatisches Mißverständnis gegeben. Senator Borah hat — wahrscheinlich durch unklare Formulierungen — den Eindruck erweckt, als wenn sich Amerika, das an dem Verfall der Vertrag nicht beteiligt ist, in einem Frankreich unangenehmen Sinne in europäische Verhältnisse einmischen wollte. Canal hat dies in sehr scharf zugespitzten Erklärungen abgelehnt. Er sei nicht nach Amerika gekommen, um mit Herrn Borah zu polemisieren, noch eine Revision des Vertrages von Versailles in Aussicht zu nehmen. — Der Zwischenfall Borah-Kanal wurde jedoch bald beigelegt und die Besprechungen — im wie es heißt freundschaftlichen Sinne — fortgesetzt. Sie erstreckten sich auf die Fragen der Kriegsschuld und der Reparationen. Allgemein hat man eine Verlängerung des Moratoriums begehrt, als eine letzte Notauskunft für wünschenswert. Der Federal Reserve Board und die Bank von Frankreich wollen ihre Währungs- und Währungspolitik aufeinander abstimmen. Die Besprechungen über Sicherstellungs- und Währungsfragen sind möglichst weit zurückgeschoben worden, da bei der für beide Staatsmänner herrschenden innerpolitischen Spannung die Verhandlungen dieser Probleme zurzeit sehr schwierig geworden ist. Zurzeit liegen aber trotzdem die Dinge so, daß die Konferenzen als fest-gelassen angesprochen werden muß. Jedoch besteht Aussicht, doch noch einiges zu erreichen, was geeignet sein könnte, die europäische Wirtschaftslage zu erleichtern und Wege aus der Krise zu finden.

Allgemeine Rundschau

Neuer Wirtschaftskanal. Erzhmetropen der letzten Tagen die Handelsblätter der Großhandelsprovinz den besorgten Brauereireaktionären verdorben, daß der Schultheiß-Pahenofen-Konzern unerschütterlich dasteh, daß sich nun doch herausgestellt, daß auch dieser Konzern von den Wirtschaftsführern so herrlich geleitet worden ist, daß auch seine Grundlagen erschüttert sind. Nach der Frage, nach Karst und nach der Vorbildung kommt nun dieser Alkoholkonzern, der durch eine Transaktion allein einen Verlust von 30 Millionen und aus früheren Erwerbungen von etwa 10 Millionen erleidet. In diesen Verlusten kommen noch offenkundige Schiebung. Zwei Direktoren sind bereits auf „ihren“ Wunsch ihrer Ämter entlassen worden. Weitere Verluste können sich an und im übrigen werden wohl auch noch die Arbeiter diese Suppe auszulöffeln haben. Das Ganze nennt man „Wirtschaftsführung“. Auf der anderen Seite schreibt man, um von dieser prächtigen „Führung“ abzulenken, der Marxismus ist schuld! Nachgerade kann man aber mit diesem Schlusstrich keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken...

Die 40-Stunden-Woche im Bauern. Wir berichten von einiger Zeit, daß das anhaltische Staatsministerium die Bauern des Staates angehen hat, bei Baufen in eigener Regie die 40-Stunden-Woche einzuführen und bei Bauaufträgen an private Unternehmer diesen die Einführung der 40-Stunden-Woche zur Pflicht zu machen. Darob ist der Reichsverband des Deutschen Handwerks rein aus dem Hauschen! Er richtete an den Reichsarbeitsminister eine Eingabe, die diesen Erlaß über die Einführung der 40-Stunden-Woche wieder rückgängig zu machen. Der Reichsarbeitsminister lehnte dies ab. Es siehe dem anhaltischen Staatsministerium vom rechtlichen Standpunkt aus frei, bei Baufen in eigener Regie und bei Bauaufträgen an private Unternehmer die Dauer der Arbeitszeit festzusetzen, solange die Festsetzung mit den gesetzlichen Vorschriften nicht im Widerspruch steht. Ein solcher Widerspruch sei in dem Erlaß nicht zu erblicken. Das Vorgehen des anhaltischen Staatsministeriums sei sogar begründenswert, da der Erfolg der Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden des Baugewerbes wegen einer freiwilligen Arbeitszeitverkürzung sehr zweifelhaft sei. Damit gab sich der Reichsverband des Deutschen Handwerks nicht zufrieden. Er hat eine erneute Eingabe an den Reichsarbeitsminister gerichtet, worin er den beanstandeten Erlaß nochmals bekämpft. Auch die Spitzenverbände der baugewerblichen Unternehmer haben den Reichsarbeitsminister wegen dieser Angelegenheit beklagt. Wir verstehen den Schmerz dieser Führer und schreit nach dem weiteren Abbau der „übersehen“ Bauarbeitsminister, möchte diesen Abbau mit Hilfe des Reichsarbeitsministers so schnell wie möglich durchführen und da ist die Einführung der 40-Stunden-Woche im Baugewerbe sehr unangebracht; denn wenn nur 40 Stunden wöchentlich offiziell gearbeitet wird, dann hält es schwerer, die 20 h noch mehr herabzusetzen. Man hat ja schließlich gegen die 40-Stunden-Woche nichts einzu-

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

Allenburg. (Buda.) Paul Naundorf, Maurer, 19 J.
 Wittenberg. (Rönghofen.) Sebastian Gerhard, Hilfsarbeiter, 37 Jahre alt.
 Bamberg. Helmut Bach, Hilfsarbeiter, 53 Jahre alt.
 (Steinberg.) Georg Schütz, Maurer, 30 Jahre alt.
 Bayreuth. (Schirgswalde.) Paul Münzer, M., 23 J.
 Paul Schierz, Dienstre, 58 Jahre alt.
 Bayreuth. (Eckersdorf.) Georg Riedl, Dachb., 48 J.
 Bielefeld. (Bratweide.) Aug. Dietelkamp, Hilfsb., 49 J.
 Bochum. Fritz von Bern, Maurer, 31 Jahre alt.
 (Witten.) Franz Elsner, Maurer, 39 Jahre alt.
 Edmund Weber, Maurer, 38 Jahre alt.
 Breslau. Wilhelm Gaffronke, Hilfsarb., 60 Jahre.
 Bunsau. Franz Till, Löpfer, 76 Jahre alt.
 Dattun. Carl Möller, Maurer, 71 Jahre alt.
 Darmstadt. Jakob Müller, Hilfsarbeiter, 67 Jahre alt.
 Dresden. (Kau.) Richard Dietze, Hilfsarb., 65 Jahre.
 (Dörfchen.) Ernst Scherer, Hilfsarbeiter, 62 Jahre.
 Gustav Wauer, Hilfsarbeiter, 66 Jahre alt.
 Düsseldorf. Karl Billa, Steinboleger, 24 Jahre alt.
 Bernhard Hennecke, Hilfsarbeiter, 22 Jahre alt.
 Essen. (Ruhr.) Johann Kapp, Fliesenleger, 52 Jahre.
 Frankfurt M. Josef Heil, Cementer, 65 Jahre alt.
 (Egelsbach.) Heinrich Köppl, Maurer, 61 Jahre.
 (Kilianstade.) Philipp Schmidt, Hilfsarb., 26 Jahre.
 Gelsenkirchen. (Wanne.) Hans v. Zagorski, Hilfsb., 31 J.
 Göttingen. Friedrich Bull, Hilfsarbeiter, 43 Jahre alt.
 Hannover. Heinrich Werner, Maurer, 39 Jahre alt.
 Kassel/Lausitz. (Wiersb.) Osw. Preller, Hilfsarb., 58 J.
 Leipzig. August Haupt, Maurer, 70 Jahre alt.
 Eignitz. Will Fuchs, Maurer, 26 Jahre alt.
 Magdeburg. (Schönebeck.) Otto Pieler, Hilfsarb., 52 J.
 Hermann Schenck, Dachbeder, 78 Jahre alt.
 Minden. (Todenhausen.) Christian Horstmann, Hilfsarbeiter, 57 Jahre alt.
 Münden. (Lühing.) Anton Rettenbeck, Hilfsarb., 38 J.
 Norderny. Eduard Bents, Arbeiter, 53 Jahre alt.
 Regensburg. Michael Reinsiger, Hilfsarb., 41 Jahre.
 (Donaufaust.) Anton Schifferl, Maurer, 67 Jahre.
 Sprollau. Max Baudach, Maurer, 50 Jahre alt.
 Tiffi. Franz Szonn, Maurer, 59 Jahre alt.
 Wiesbaden. (Rambach.) Jak. Bungard, Hilfsarb., 36 J.
 Clemens Fröck, Maurer, 59 Jahre alt.
 Zittau. (Oberodermig.) Robert Chris'oph, M., 68 J.
 (Seitendorf.) Edmund Ulrich, Maurer, 61 Jahre

Ehre ihrem Andenken!

Wagengewerkschaft Mülhan.
 Bestatigung werden bis auf weiteres nicht mehr gegeben.

Die guten GEG-ZIGAREN und ZIGARILLOS.
 immer gewaltreich, billig, gehaltvoll, aromatisch, nur wirkliche Qualität!

In Deinem Konsumverein zu haben

wenden, wenn die Löhne vorher entsprechend gekürzt werden. Das sind für die Gebankengänge auf jener Seite. Dumm-pfiff!

Die vielen vaterländischen Gesellen. Millionen und aber Millionen deutscher Reichsmark werden von deutschen Finanzleuten nach Holland verschoben. Der Direktor einer holländischen Großbank steht kürzlich den Strohseufzer aus, daß dieser Zutrom von Weisen kein Ende nehme und daß man heute schon in Holland so weilt sei, dafür keinen Pfennig Zinsen zu zahlen und sogar für das Aufheben der enormen Geldmengen Verwaltungskosten zu berechnen. Die deutsche Regierung könnte — so jagte der Direktor — mit diesem Geld, das die Holländer gar nicht haben wollen, die ganz deutsche Wirtschaft in Gang bringen — hier sitzen die wahreren vaterländischen Gesellen! Und das sind zufällig jene, die stets von Nationalismus und Patriotismus freies. Auch die Androhung hoher Zuschußstrafen bringt sie nicht dazu, diese Gelder wieder zurückzubringen in Deutschland anzulegen. Sie verzichten auf die Zinsen und zahlen lieber noch etwas drauf, damit die holländischen Banken diese enormen Geldmengen behalten. Leider sind die großen Spitzböden (siehe zu) zu fassen. Aber man möge für alle Zeiten diesen Hodyverrat an Deutschland festhalten!

Arbeitslohn bis auf die Unterfertigungsstufe herunterdrücken! Das Stuttgarter Augenbrennorgan, die „Stuttgarter Zeitung“, hat das Harzburger Programm der Nationalsozialisten und der Augenbrenner wie folgt zusammengefaßt: Wir müssen jeden Arbeitlosen durch Gesetz arbeitsfähig machen, ohne daß er vorläufig mehr erhält als seine bisherige Unterfertigung, die vom Staat weitergezahlt wird. Der Unternehmer bezahlt lediglich eine gewisse Zulage für Kleiderverflechtung usw. und die vollen Arbeitslosenversicherungsbeiträge. Jedem Arbeitgeber wird gestattet, gegen eine bestimmte Preisherabsetzung seiner Erzeugnisse beim Arbeitsamt zusätzliche Arbeitskräfte anzufordern und zwar so, daß er auf je drei bis vier von ihm bezahlte Arbeitnehmer einen vom Staat kostenlos zur Verfügung gestellt bekommt. Alle die Arbeitsplätze sollen auf die Höhe der Arbeitslosenunterfertigung herabgedrückt werden. Das ist das Programm der Harzburger Front von Hitler bis Gittel-Schieberich.

Dummheit oder Schwindel? Kürzlich faßelte im „Chemnitzer Tageblatt“ ein gewisser W. über die Umfiedlung städtischer erwerbsloser Arbeiter aufs Land. Dabei kam er zu der Auffassung, daß zur Erreichung dieses Planes die Sparkassen durch Notverordnung gezwungen werden müssen, ihren Schar-Zinsfuß auf die der Bodenrente entsprechende Grenze von 4% zu senken. Ohne heftige Kämpfe mit der allmächtigen, ganz Deutschland knechtenden Bauarbeitergewerkschaft werde dies aber nicht abgehen. Habe

doch diese Gewerkschaft es bisher immer verstanden, die Herabsetzung des Schar-Zinsfußes der Sparkassen zu verhindern, um recht viel Hypothekenspekulation für den Baumarkt sich annehmen zu lassen. Und dies nicht etwa, um die Wohnungsnot zu verringern oder damit die Wirtschaft belebt werde, sondern lediglich, daß der einzelne Bauarbeiter Woche für Woche das schwere Geld von 250 M. vom Bauherrn bekomme. — Mehr möchten wir über diesen Kofst nicht schreiben. Das hieße diesen Mißstand eine besondere Bewertung belassen. Aber jedenfalls paßt dieser Ertrag in die Tasche wieder auf merdende Hege über die „hohen“ Bauarbeiterlöhne.

Gänzlich Beitragszahler verlieren ihre Rechte!

Für die Woche vom 25. bis 31. Oktober ist der 44. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

Lehrgänge für das Maurer- und Zimmerhandwerk. Das Landesgewerbeamt Stuttgart beabsichtigt, bei genügender Beteiligung in Ludmann, D/L. Lehrgängen und auch in anderen Städten des Landes im Dezember unter anderem auch einen Lehrgang für Zimmerleute und Maurer zu veranstalten. Der Unterricht erstreckt sich im Eisenbeton auf die verschiedenen Einfallskonstruktionen: Stützen, Träger, Decken, Treppen- und sonstige Einfallungen; Armierungen, Eisenbiegen und Mischungsverhältnisse des Betons. Der Kursus währt vom 8. bis 12. Dezember. Das Unterrichtsgeld beträgt 12 RM, das Materialgeld 8 RM. Der Unterricht wird erteilt vormittags von 8 bis 12 und nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Zugelassen werden Meister und Gehilfen mit Gesellenprüfung. Im Falle besonderer Bedürftigkeit wird das Unterrichtsgeld ganz oder teilweise erlassen. Anmeldungen sind unter Angabe über die Dauer der gewerblichen Tätigkeit, die im Handwerk abgelegten Prüfungen und den Schulbesuch bis spätestens 20. November an das Sekretariat des Landesgewerbeamts in Stuttgart, Kanzelstraße 19, 2. Et., einzureichen.

Der Zementfabrik im September. Dem durch die katastrophalen Wirtschaftsvorgänge des Juli verursachten kurzartigen Abwinken des Zementabfahrs im August ist im September keinerlei Erholung gefolgt. Der Septemberabfahrs blieb mit 848.000 Tonnen gegenüber dem Vormonat unapendert. Im September 1930 stellte sich der Zementabfahrs auf 510.000 Tonnen und im September 1929 noch auf 728.000 Tonnen, so daß also diesmal noch nicht die Hälfte der letztgenannten Abfahrmenge erzielt werden konnte.

Bücher u. Schriften

Westermanns Monatshefte. Auch die Novembernummer ist wieder sehr reichhaltig und ausgestattet. Summe wieder sind es die wertvollen Illustrationen und Kunstblätter, die den vielfach spannenden Inhalt in willkommener Weise ergänzen. Der Preis beträgt wie immer 2 M. Wer sich vorzüglich ein Urteil bilden will, der verlange von Verlag Georg Westermann in Braunschweig gegen Entsendung von 30 Pf. für Porto kostenlos ein früher erschienenenes Probeheft.

Die Wohnungskrisis. Die neue Nummer 5 von „Wohnungsbaun und Mietz“, Informationsorgan der Sozialdemokratie in Wohnungs- und Mietzfragen, ist der eingehenden Besprechung der augenblicklichen Lage im Wohnungsbaun gewidmet. Der Kampf der Sozialdemokratie für Mietzschutz und Wohnungsbaun, der in diesen Tagen mit besonderer Heftigkeit geführt werden muß, wird eingehend besprochen. — Ueber die Auswirkungen der neuen Mietzgesetze unterrichtet ebenfalls ein Beitrag. Eine kritische Uebersicht über den „Wohnungsbaun im ersten Halbjahre 1931“, Berichte aus den Kämpfen sowie zwei Beiträge über die Statistik der Partei beim Mietzschutzkampf und den Mietzschutz ergänzen die Aufsätze. Aus allen Ländern des Reiches der Sozialdemokratie, dem Mietz durch vielfache Arbeit, fernab von Ostpreußen und Ostpreußen, „Wohnungsbaun und Mietz“ wird herausgegeben von der Werbestelle der Partei, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

„Kammler-Preis“. Herausgeber: Deutscher Kammler-Verband, Postfach 6000, Berlin SW 48. Einzelheft 2 M. Bezugspreis für ein Jahr (6 Hefte) 10 M. Geben ist das Heft 4 erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Zur Lage der Landwirtschaft. — Die Form „ledigliche“ Dörfer. Die Geschäftsbedingungen der Kammler. — Die Agrarpolitik. Die Geschäftsbedingungen der Kammler. — Die tarifliche Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kammler und ihrer Hilfskräfte in Deutschland. — Die Wirtschaftslage. — Wirtschaftszahlen.

Tragt unsere Bundesnadel!



Josef Witt, Weiden-Oberpf.
Größtes Webwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken und eigenem Ausrüstungswerk.

2500 Arbeiter und Angestellte,
31472 Spindeln in eigener Spinnerei,
1600 mechanische Webstühle in eigenen Webereien.

700 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren
sind im letzten Jahre bei mir eingetroffen!
900 000 Nachbestellungen
auf Waren haben mir meine alten Kunden in einem Jahre eingesandt. Der natürliche Beweis der Güte und Billigkeit. Ich erwarte auch Ihre Bestellung. Es ist Ihr Nutzen. Jetzt Abgabe an die Verbraucher wie unternehmend. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint. Bei Bestellung von Mk. 15.— erhalten Sie auf diese Preise

noch 5 Prozent Rabatt
Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch 1 brauchbare Schlafdecke mit kleinen ungeschönten Flecken.

Nr.	Preis per Meter	Breite	Mk. Pl.
8	Weißes Hemdentuch, Gebrauchsware	etwas leichte	0.20
9	Weiß. Hemdentuch, sehr gute, mittelgeschlossene Sorte, gut, starkfädige, dicht		0.38
10	Vorhangsstoff, Garnen mit echt indianerfarbig, schönen Streifenmuster, 70 cm, p. m.		0.18
11	Handtücher, 40 cm, per m		0.28
12	Baumwolltuch, ungebleicht, mittelfein		0.28
13	Baumwolltuch, verwascht, Qual. 78cm p. m.		0.38
14	Hemdentuch, Qualität, echt indianerfarbig gestreift, 70 cm, per m		0.30
15	Hemdentuch, echt indianerfarbig gestreift, fast unverwundlich im Gebrauch, 75 cm, p. m.		0.40
16	Weißes Makotuch, geschloss., garant. echt ägyptisch, für besonders feine Hemden und Wäschestücke, 80 cm, per m		0.50
17	Stuhltuch, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierbare Bettlaken 150 cm, per m		1.15
18	Frotteerhandtücher, aus gutem Kräftgewebe, Muster, Größte 100cm, p. Stück		0.70
19	Bamentaschentücher, saum, leinwand, gute, sehr beliebte Qualität, 30x30cm, p. Dutz.		0.70
20	Wischtücher, strapazierbar, 45x45cm, p. Dutz.		0.70

Ungeheurer Vorteil!!!
Weißes Hemdentuch, mittelstarkfädig, zügelige Qualität, für sehr solide, besonders haltbare Wäschestücke. Weild dieses Tuch ohne Appretur hergestellt ist, wird dasselbe in der Wasche statt leichter noch dichter, 80 cm breit, Ausnahmepreise per m nur

Bei Bestellung genügt Angabe der Nummer mit 10 der gewünschten Meter oder Stückzahl. Abgabe von jedem Artikel bis 100 m bzw. auf meine Kosten, welche trotz Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10.— an, portofreie Lieferung von Mk. 20.— an. Meine Garantie der Güte und Billigkeit nicht entsprechen sollte. Zurückbezahlung des vollen ausgesetzten Betrages auch dann, wenn Sie nicht die volle Ueberzeugung haben, daß Sie meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten a. b. gewöhnlich günstiger erhalten haben

Josef Witt, Weiden 54, Oberpf.
Webwaren - Fabrikation - Ausrüstung - Versand

Ein weiches Ihr Spiel zinnig

wenn Ihnen unsere Ware nicht gefällt! Sie kaufen billig direkt von Fabrikanten. Lieferung nur an Privats.

Nr.	Preis per Meter	Breite	Mk. Pl.
31	Handtücher, weiß, Gestellern mit toller Innenschnitt, schwerer Strapazierqualität	40 cm	26
32	Jacquard-Handtücher, feines weißes Jacquardmuster, strapazierbare dauerhafte Ware	45 "	42
33	Linon, weiß, strapazierbar und dauerhaft für Betten	80 "	49
34	Hemdentuch, echt indianerfarbig gestreift, ungewöhnliche schwere Spezialqualität	78 "	73
35	Linon, weiß, strapazierbar und dauerhaft für Bettbezüge	130 "	75
36	Schürzenstoff, herzerogener Qualität, moderne Muster, echt indianerfarbig	116 "	89
37	Stuhltuch, weiches Samt, dicht gefädelt, für Damen, ohne jede Spitze	145 "	148
38	Blumenbambus, reinweiß, allerbeste Qualität mit hochglanz, moderne Muster	130 "	590
39	Bettwäsche Garnitur, Betten gebot, 1 Kissen 60x90 cm, 1 Decke 130x200 cm, Bettwäsche in Linon und Garnitur		

Die Fabrikanten selbst und lassen fabrikieren. Unser Katalog mit vielen Abbildungen und Mustern senden wir auf Wunsch kostenlos und unverbindlich. Versand nur gegen Nachnahme, ab Mk. 20.— portofrei.

Das Versandhaus der guten Qualitäten
Hermann Wündisch & Co. Augsburg S 153
Bedarfsliste Weberei und Wäschefabrik

Billige böhm. Bettfedern
nur reine, gutgefüllte Sorten
Ein Kilo: graue geschl. 2.50 Mk., halbweiße 3.- Mk., weiße 4.- Mk., bessere 5.- Mk., daunenweiche 7.- u. 8.- Mk., beste Sorte 10.- u. 12.- Mk., weiße ungeschlossene Rußfedern 6.50 u. 7.50 Mk., beste Sorte 9.50 Mk. Versand franko zollfrei, gegen Nachn. Muster frei Umtausch u. Rücknahme gestatt. Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 9, bei Pilsen, (Böhmen).

Eine wertvolle Ueber-raschung
Ist gratis jedem Katalog bei mit dem reichhaltigsten Katalog bekommen Sie UNTERSTÜTZUNG dazu. Jeder 4000 Artikel des Katalogs gratis. Katalog 50 und bestell. Versandhaus A.S. Schindler München 77 Osterwstraße 123

Großer Preisabba. Billige böhmische Bettfedern!
1 Pfund graue, gute, geschlossene Bettfedern 70 Pf., bessere Qualität 90 Pf., halbweiße, flaumige 1.20 Mk., weiße, flaumige, geschlossene Halbflaum-Herscha-Bettfedern — Mk., 4.- Mk., 5.- Mk. Rußfedern, ungeschl., mit Flaum gemengt, halbweiß 1.25 Mk., weiß 2.25 Mk. allerfeinster Flaumruß 3.25 Mk., 2.50 Mk. Muster frei Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an franko. Nichtpassendes wird umgetauscht oder Geld zurück. S. Benisch in Prast XII, Amerika Allee Nr. 33, Böhmen.

Geschenke billig
Weihnachtskatalog gratis
Sigurd Gesellschaft Kassel 368



Unser Bundeskalender 1932
Ist noch zu haben. Preis 50 Pfennig.
Wer ihn noch nicht hat, bestelle sofort beim Baugewerkschaftsvorstand!
Realste Bezugsquelle!

Neue Gänsefedern
von der Gans gerupft, mit Daunen, dopp gereinigt, allerbeste Qualität Pfd. 3.—, Daunen kleine Federn (Halbdun.) 4.50, Daunen 6.25, gereinigte, gerissene Federn mit Daunen 3.50 u. 4.75, hochpr. 5.75, allerf. 7.—, die Volldunen 9.— u. 10.—. Für reelle, staubfr. Ware Garant. — Versand gegen Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgelte, nehme auf meine Kosten zurück. **Willy Manteuffel**, Gänsefedern, Neudorbin 58 (Oderbr.), Altestes und größtes Bettfederverhandels-geschäft des Oderbruchs, gegr. 1852.

Strandmusik ab Samstag
Über eine Million Musikfreunde
40000 Dankempfehlen beweisen unsere besondere Leistungsfähigkeit:

10000	10000	10000	10000
10000	10000	10000	10000
10000	10000	10000	10000
10000	10000	10000	10000

Meinl & Herold, Klingenthal i. Sa. No 163
Musikinstrumente - Schallplatten - Grammophon - Musikbücher - Musikzeitschriften - Musikinstrumente - Musikinstrumente - Musikinstrumente - Musikinstrumente